

Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
bei der Partei DIE LINKE

Nummer 2/17. Jhg.

Mitteilungsblatt

Mai 2011

Zu diesem Heft:

Dieses Heft bietet zunächst Materialien, die den historischen Prozessen und Ereignissen um den 13. August 1961 gewidmet sind: den Vortrag von Siegfried Prokop auf der Konferenz "Gefahren und Entscheidungen 1961", die am 21. Mai 2011 in Berlin tagte, eine zeitgenössische Auseinandersetzung Stephan Hermlins mit Kritikern der Maßnahmen vom 13. August 1961 sowie eine Erklärung der GBM und des Berliner Alternativen Geschichtsforums (BAG) aus diesem Anlass. Sie verdeutlichen den politischen Sinn der regimeverordneten und von allen etablierten Parteien mit getragenen Kampagne um dieses Ereignis: um jeden Preis zu verschleiern und zu verdrängen, dass die Maßnahmen vom 13. August 1961 die Konsequenz der durch die Gründung des westdeutschen Separatstaates und die Etablierung des "Frontstadt"-Regimes vollzogenen Spaltung Deutschlands und Berlins und des von *den Spaltern* mit allen, auch den verwerflichsten Mitteln geführten Kalten Krieges gegen die DDR waren; dass sie selbst von den verbündeten NATO-Staaten mit Erleichterung aufgenommen wurden, weil sie einen Ausweg aus einer vorsätzlich immer weiter verschärften gefährlichen Situation boten. Weitere Beiträge von dieser Konferenz erscheinen im nächsten Heft.

Die Konferenz "Militarisierung, Rüstung, Kriege - wohin geht Deutschland?", die am 12. März 2011 in Berlin stattfand, machte deutlich, dass die rigorose Durchsetzung der Profit- und Machtinteressen des Großkapitals mit *allen* Mitteln eine Konstante der Politik im imperialistischen Deutschland und der Krieg eine legitime Option dafür ist. Sie setzte sich insbesondere mit demagogischen Rechtfertigungen und Verschleierungen dieser Politik und ihres Instruments "Krieg" auseinander. In diesem Heft drucken wir den Vortrag von Heinz Karl und den Beitrag von Lorenz Knorr ab; weitere Beiträge folgen im nächsten Heft. Mit dieser Problematik korrespondiert auch die Erklärung der GBM und des BAG zum 70. Jahrestag des Überfalls auf die UdSSR.

Ferner enthält dieses Heft einen Beitrag von Eckhard Trümpler über eine Zäsur in der Geschichte der DDR sowie die Vorankündigung der Konferenz "Das Erfurter Programm 1891. Historische Wirkung und aktuelle Bedeutung" am 8. Oktober 2011 in Berlin.

Heinz Karl

Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 1
Prof. Dr. Siegfried Prokop Ursachen und Wirkungen der Maßnahmen vom 13. August 1961	S. 3
Dokument: Stephan Hermlin an Grass und Schnurre	S. 8
GBM/Berliner Alternatives Geschichtsforum Erklärung zum 13. August 1961	S. 9
Prof. Dr. Heinz Karl Unheilvolle Allianz. Großkapital und Militär prägen seit 120 Jahren deutsche Weltpolitik	S. 11
Lorenz Knorr Militarisierung der Jugend - einst und heute	S. 27
Prof. Dr. Eckhard Trümpler Der VIII. Parteitag der SED 1971 - eine Zäsur in der Geschichte der DDR	S. 30
Berliner Alternatives Geschichtsforum Erklärung zum 70. Jahrestag des faschistischen Überfalls auf die UdSSR	S. 35
Vorankündigung der Konferenz "Das Erfurter Programm 1891. Historische Wirkung und aktuelle Bedeutung" am 8. Oktober 2011 in Berlin	S. 36

Impressum:	Die Geschichtskorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos zur Verfügung gestellt - in der Regel per E-Mail. E-Mail: marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de Neue Interessenten teilen bitte ihre E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der in den Einladungen genannten Kontaktadressen mit. Interessenten ohne E-Mail-Adresse sowie Bibliotheken und wissenschaftliche Institutionen wenden sich an die Redaktion. Die Geschichtskorrespondenz ist nicht im Buchhandel erhältlich.
Herausgeber:	Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.
Redaktion:	Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.) Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint Juli 2011.

Prof. Dr. Siegfried Prokop

Ursachen und Wirkungen der Maßnahmen vom 13. August 1961¹

Es besteht kein Zweifel, dass zum Thema "Mauer" in unserem Lande tendenziöse Darstellungen vorherrschen. Die offizielle Geschichts"aufarbeitung" steht, wenn es um die tendenzielle Ausrichtung geht, auch in voller Absicht mit der historischen Wahrheit auf Kriegsfuß. Das wird nun auch in anderen Ländern immer deutlicher bemerkt. So schrieb z. B. der australische Deutschlandexperte Andrew H. Beattie, dass diese Aufarbeitung geprägt ist durch "oversimplified western success stories" auf der einen und durch "eastern horror stories"² auf der anderen Seite. Diese Art der Geschichtsbetrachtung werde von aktuellen Westnormen bestimmt. Die ostdeutschen Erfahrungen würden an die Seite gedrückt. Der Einigungsprozess werde dadurch stark belastet.

Auch Thomas Großbölting, Historiker an der Universität Münster, gelangte zu einer ähnlich kritischen Bewertung: "Der (geschichts)politische Streit um die realsozialistische Vergangenheit kann ebenso wenig wie ein anderes geschichtspolitisches Thema durch intensivierte historische Forschung oder dadurch beigelegt werden, dass die Wissenschaft die 'wichtigen' und 'richtigen' Fragen aufgreift. Die geschichtspolitische Auseinandersetzung ist zuvörderst eine Funktion des Verhältnisses, in dem sich die Deutschen zur Berliner Republik befinden. Ihr Ansinnen oder ihr 'Code' ist nicht die Suche nach 'wahr' oder 'falsch', sondern die Nutzung des Vergangenheitsbezugs für das Heute."³

Eine solche Art der Geschichtsbetrachtung nimmt die Fakten nicht besonders ernst. Wider den realen Geschichtsverlauf wird vor allem nachzuweisen versucht, dass Walter Ulbricht letztlich derjenige war, der den Bau der Mauer durchgesetzt habe. Auf den Punkt gebracht wird das in dem jüngsten Buchtitel von Hope M. Harrison "Ulbrichts Mauer. Wie die SED Moskaus Widerstand gegen den Mauerbau brach", Berlin 2011.

Relativ selten sind heute Bekundungen westlicher Zeitzeugen, die die westlichen Zerrbilder kritisch auseinander nehmen. Dazu zählt Paul Oestreichers Offenbarung über die "on the record"- und "off the record"-Bewertung des Mauerbaus kurz nach dem 13. August 1961.⁴ Der anglikanische Pfarrer und Journalist Oestreicher war 1961 vom Sender BBC nach Berlin geschickt worden, um über die Stimmung nach dem 13. August zu berichten. Was er da von den britischen Offiziellen erfuhr, war für ihn aus journalistischer Sicht frustrierend. "On the record", also offiziell, erfuhr er, was ohnehin weltweit schon bekannt war: "Wir verurteilen auf's Schärfste diesen Bruch des Viermächteabkommens über Berlin, diese Verachtung der Menschenrechte, diese Einsperrung der Bevölkerung des Pankower Regimes. Und wir sehen diese Mauer im weiteren Rahmen als Eskalation des Kalten Krieges durch die letztlich verantwortliche Sowjetunion." "Off the record", also inoffiziell, - mit dem Hinweis, keinesfalls davon Gebrauch zu machen, auch nicht zwischen den Zeilen - hörte Oestreicher fast genau das Gegenteil: "Wir Westmächte sind über den Mauerbau eigentlich erleichtert. Für die absehbare Zukunft ist Westberlin gesichert. Der destabilisierende Flüchtlingsstrom war einfach nicht mehr tragbar. Ein ökonomischer Zusammenbruch Ostdeutschlands hätte eine unkalkulierbare sowjetische Reaktion ausgelöst. Die Gefahr eines neuen Krieges ist nun erst einmal gebannt. Zwar hat uns der Zeitpunkt des Mauerbaus überrascht, nicht aber die Mauer an sich. Die Sowjets wussten sehr wohl, dass sie keine westlichen Gegenmaßnahmen zu befürchten hatten. Und schlussendlich hat man uns mit der Mauer auch noch eine nützliche Propagandawaffe geliefert."

Ein Jahr später, die Welt hatte 1962 gelernt, mit der Mauer zu leben, fuhr Oestreicher wieder nach Berlin. Er hatte einen Auftrag der Menschenrechtsorganisation Amnesty International. In diesem Zusammenhang kam es zu einem zweieinhalbstündigen Gespräch mit Walter Ulbricht. Was Oestreicher von Ulbricht erfuhr, war höchst überraschend. Vom Sprachstil des "Neuen Deutschland" sei keine Spur zu bemerken gewesen. Oestreicher erlebte Ulbricht "off the record". Streng sinngemäß, nicht ganz wörtlich, zitierte Oestreicher Ulbricht: "Mein Staat war gefährdet. Die bürgerlich erzogene Bevölkerung, die noch kein Verständnis für den Sozialismus entwickelt hatte, floh in Scharen davon. Krankenhäusern fehlten Ärzte, die ganze Wirtschaft war bedroht. Zur Rettung des sozialistischen Lagers - und damit des Weltfriedens - war die Mauer (sic! - das Wort Schutzwall kam nicht vor) eine tragische Notwendigkeit."

Frage Oestreichers an Ulbricht: "Hätten Sie mit einer liberaleren, menschenfreundlicheren Politik, wie sie neuerdings von Chruschtschow praktiziert wird, nicht das Gleiche erreichen können?" Antwort: "Der da hinten (wörtlich!) kann sich allerhand leisten. Ich sitze an vorderster Front. Ein Soldat im Schützengraben zündet keine Zigarette an. Nur auf diese Weise konnte ich den Sozialismus retten. Die Früchte werden kommende Generationen ernten. Ich werde das nicht mehr erleben, ich muss den Hass meiner Bürger auf mich nehmen."

Oestreicher fragte weiter: "Sind die Schüsse an der Mauer nicht ein viel zu hoher Preis?" Antwort: "Auch da bleibt mir keine Wahl. Es wird zwar nicht immer geschossen, wie die Statistik beweist, aber ohne Schüsse hätten wir die Mauer gar nicht erst zu bauen brauchen. Jeder Schuss an der Mauer ist zugleich ein Schuss auf mich. Damit liefere ich dem Klassenfeind die beste Propagandawaffe. Den Sozialismus und damit den Frieden aufs Spiel zu setzen, würde aber unendlich mehr Leben kosten."

Wie durch Oestreicher belegt wurde, war für Ulbricht die Mauer offenbar keineswegs die ideale Lösung der Berlin-Krise Anfang der sechziger Jahre. Nikita Chruschtschow hatte dem westdeutschen Botschafter in Moskau, Hans Kroll⁵, anvertraut, dass es zwei Lösungsmöglichkeiten für die Berlin-Krise gab: die Lufttransport Sperre oder die Mauer. Es ist ganz offensichtlich, dass nach dem ergebnislosen Treffen von Nikita Chruschtschow und John F. Kennedy Anfang Juni 1961 in Wien die Sowjetunion Kurs auf einen separaten Friedensvertrag mit der DDR, d. h. auf die Kontrolle des Luftverkehrs, nahm. Nach den Gesprächen in Wien hatte Chruschtschow Kennedy am 4. Juni ein Memorandum überreicht. Dieses Memorandum, das mit einer Sechsmonatsfrist als Ultimatum aufgemacht war, kündigte den Abschluss eines separaten Friedensvertrages mit der DDR an, in dessen Ergebnis die Besatzungsrechte in Berlin erlöschen sollten: "Insbesondere werden die Fragen der Benutzung der Verbindungswege auf dem Lande, zu Wasser und in der Luft, die über das Territorium der DDR führen, nicht anders zu lösen sein als auf der Grundlage entsprechender Übereinkommen mit der DDR."⁶

Auf einer internationalen Pressekonferenz am 15. Juni 1961 hatte Walter Ulbricht auf eine Anfrage von Annemarie Doherr von der "Frankfurter Rundschau" erklärt, dass er nicht die Absicht habe, eine Mauer zu errichten. Von einer Mauer mitten durch Berlin war seit 1948 in West und Ost in unterschiedlichen Zusammenhängen die Rede gewesen. Auf die Frage des "Spiegel", ob die Kontrolle über die Luftsicherheit auch die Kontrolle der Passagiere einschlieÙe, erklärte Ulbricht: "Ob die Menschen zu Lande, zu Wasser oder in der Luft in die DDR kommen, sie unterliegen unserer Kontrolle ... Wir machen es genauso, wie man es in London macht. Damit ist die Sache in Ordnung."⁷

Am 28. Juni 1961 veröffentlichte das Post- und Verkehrsministerium⁸ der DDR eine Anordnung für ausländische Flugzeuge, die das Datum des 15. Mai trug. Diese Anordnung bestimmte, dass alle Flugzeuge, die in die DDR einfliegen oder aus ihr ausfliegen, ab 1. August 1961 die Radiosicherungsbehörden der DDR zu informieren haben und beim Fluge innerhalb der DDR ihre Radioeinrichtung nur für Angelegenheiten der Flugsicherung und Flugregelung auf den von den DDR-Behörden festgelegten Frequenzen benutzen dürfen.⁹

Es besteht kein Zweifel, im Juni 1961 ging es auch Ulbricht nicht um den Mauerbau. Luftkontrolle war angesagt; es ging um die letzten fünf Prozent der noch nicht kontrollierten Verbindungen Westberlins. Es war bestimmt kein Zufall, dass in dieser Zeit Jugendbrigaden in einer sich "Zentrales Jugendobjekt der FDJ" nennenden Hauruck-Aktion den Flughafen in Berlin-Schönefeld für Düsenpassagierflugzeuge ausbauten.¹⁰ Sowohl die Sowjetunion als auch die DDR wollten mit Hilfe des separaten Friedensvertrages die Kontrolle über die Verbindungswege in die Hand der DDR legen. Nach dem Abschluss des Friedensvertrages wären sowohl der Westberliner Senat als auch die Westmächte zu Verhandlungen mit der DDR gezwungen gewesen, was die De-facto-Anerkennung der DDR eingeschlossen hätte. Ein westdeutscher Wirtschaftsboykott hätte durch besondere Hilfen seitens der RGW-Länder für die DDR aufgefangen werden müssen.¹¹

Präsident Kennedy geriet ein knappes halbes Jahr nach Beginn seiner Regentschaft in eine schwierige Lage. Das Treffen in Wien wurde ihm als "Desaster" angelastet. An seinen Führungsqualitäten wurde gezweifelt. Die "Falken" kritisierten die Niederlage der amerikanischen Kuba-Politik (vor allem die Erfolglosigkeit des vom Vorgänger Eisenhower ererbten "Schweine-

bucht"-Abenteuers im April 1961). Zur negativen Bilanz Kennedys zählte, dass der erfolgreichen Ausstrahlung des Weltraumfluges Jurij Gagarins durch Alan B. Shepards kurzen Flug nur teilweise entgegen gewirkt werden konnte. In diese Zeit der Irritationen und Wirrnisse fiel die Kritik Mike Mansfields, Führer der demokratischen Mehrheit im Senat, dass sich die USA in Berlin festklammerten. Er schlug am 14. Juni 1961 in Anknüpfung an seinen Berlin-Plan vor, ganz Berlin in eine entmilitarisierte "Freie Stadt" unter dem Schutz und der Aufsicht der Vereinten Nationen umzuwandeln. Warschauer Vertrag und NATO sollten gemeinsam den Interimstatus der "Freien Stadt" bis zur Herstellung der deutschen Einheit garantieren.

John F. Kennedy war bestrebt, seine Berlin-Politik auf eine feste Basis zu stellen, um seinen Kritikern im Lande offensiv begegnen zu können. Am 27. Juni 1961 berief er den früheren Stadtkommandanten General Maxwell Taylor zu seinem Militärbeauftragten. Er wies ihn an, die amerikanische Planung für den Fall einer ernsthaften Krise in Berlin zu überprüfen. Auf seiner Pressekonzferenz am 28. Juni 1961 lehnte es der Präsident ab, sich zu konkreten Maßnahmen in Verbindung mit der Berlin-Frage zu äußern, solange ihm nicht der Bericht der "task force" unter dem Vorsitz Dean Achesons sowie weitere Vorschläge vorlägen. Im Nationalen Sicherheitsrat würden am folgenden Tage Maßnahmen beraten: "Darüber hinaus möchte ich darauf hinweisen, dass wir hier über Angelegenheiten von äußerstem Ernst sprechen"¹², erklärte Kennedy. In die Ernstfallplanung zur Berliner Krise (contingency planning), die bisher in den Händen der drei Westmächte lag, wurde ab Juli 1961 auch die Bundesregierung einbezogen. Am 14. Juli 1961 weilte Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß auf Einladung Robert S. McNamaras zur Beratung des strategischen Konzepts der neuen Administration, vor allem der militärischen Aktionen zur Sicherung des freien Zugangs nach Berlin, in Washington. Strauß stimmte dem Konzept der "flexible response" zu. Die Durchbruchpläne des Hardliners Dean Acheson fanden keine Berücksichtigung. Der frühere Radford-Plan, der sich ausschließlich auf Nuklearwaffen gestützt hatte, war schon vorher bei Strauß auf Vorbehalte gestoßen. Der Grundgedanke der Strategie bestand darin, die Schwelle für die Auslösung des "Garantiefalles" hoch zu legen und für die andere Seite so riskant wie nur möglich zu machen. Das beschlossene Szenario für die Eventual- und Verteidigungsplanungen der Organisation "Live Oak" (LO) wird bis heute unter Verschluss gehalten.

Franz-Josef Strauß ließ in seinen "Erinnerungen" trotz noch geltender Geheimhaltung wissen, dass im Falle einer Luftsperrung zum Zwecke des Erzwingens der Kontrolle über die Zugänge zu Berlin der Abwurf einer Atombombe auf einen sowjetischen Truppenübungsplatz in der DDR vorgesehen war.¹³ Chruschtschow bestätigte indirekt die Mitteilung von Strauß. Er sagte zu Botschafter Kroll, dass die Lufttransportsperrung nicht verwirklicht werden konnte, weil sie "uns in einen ernststen Konflikt mit den Vereinigten Staaten gebracht" hätte.¹⁴

In die Zeit der Ausformung dieses riskanten Konzepts fielen Gespräche über einen Kompromiss zwischen dem amerikanischen Präsidentenberater Arthur Schlesinger und dem sowjetischen Botschaftsrat Georgij Kornijenko am 5. Juli 1961 in Washington. Der Gedankenaustausch endete mit dem sowjetischen Appell, die USA möchten doch ihre eigenen Garantien für Westberlin formulieren. Präsident Kennedy ließ Moskau nicht lange warten. In Erklärungen am 19. und 25. Juli 1961 verkündete er sein Berlin-Programm, das "den Westen aus der fatalen Lage (befreite), auf Verwaltungsschikanen und Verkehrsbehinderungen nur mit der Drohung des thermo-nuklearen Krieges antworten zu können"¹⁵. Kennedy charakterisierte die Schwächen der sowjetischen Berlin-Politik und demonstrierte die Entschlossenheit der USA, die Verteidigungsanstrengungen erheblich zu steigern, wozu er Zahlen nannte. Kennedy erklärte sodann, dass die USA nicht daran dächten, sich von der Verpflichtung gegenüber der Menschheit, eine friedliche Lösung zu suchen, zurückzutreten. Er charakterisierte Art und Grenzen der amerikanischen Verhandlungsbereitschaft. Der Präsident erkannte die begründete Besorgnis der Sowjetunion bezüglich ihrer Sicherheit in Mittel- und Osteuropa nach einer Reihe räuberischer Invasionen ausdrücklich an. Erst in diesem Zusammenhang machten die "three essentials" Kennedys überhaupt Sinn, die Kennedy in gar keinem Fall in Frage gestellt sehen wollte:

- Die Anwesenheit der drei Westmächte in Berlin,
- ihr ungestörtes Zugangsrecht,
- die Sicherheit und Freiheit der Westberliner.

Das war das Angebot für eine Kompromisslösung. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Kennedy sich hier auf westliche Minimalforderungen beschränkte und andere "essentials", die im Notenaustausch des Jahres 1961 und in Wien eine Rolle gespielt hatten, nicht mehr nannte. Nicht erwähnt wurden:

- Die Gewährleistung der bestehenden Bande zwischen Berlin und der Bundesrepublik,
- die Freiheit des Zivilverkehrs für Personen und Güter von und nach Berlin,
- die Freiheit des Inner-Berliner Verkehrs über die Sektorengrenzen hinweg.

Aufmerksamkeit verdienen auch folgende Sätze Kennedys: "Heute verläuft die gefährdete Grenze der Freiheit quer durch das geteilte Berlin. Wir wollen, dass sie eine Friedensgrenze bleibt."¹⁶ William Fulbright, Sprecher des außenpolitischen Senatsausschusses, wurde am 30. Juli 1961 in einem Fernsehinterview noch deutlicher: "Ich verstehe nicht, warum die Ostdeutschen nicht ihre Grenzen schließen, denn ich glaube, dass sie ein Recht haben, sie zu schließen."¹⁷ Der Wechsel vom Konzept der Luftkontrolle zur Grenzschießung auf dem Lande hat sich erst Ende Juli 1961 vollzogen und hing vermutlich mit den Gesprächen Nikita Chruschtschows mit Kennedys Sonderbotschafter John J. McCloy Ende Juli auf der Krim zusammen, über deren Details bis heute nichts verlautbart wurde. Chruschtschows Staldolmetscher in der DDR Werner Eberlein war schon damals aufgefallen, dass weder McCloy noch Chruschtschow hinterher auf Details ihrer Gespräche eingingen.¹⁸ Nikita S. Chruschtschow hat dann allein, wie er auch Kroll gestand, die Entscheidung für den Mauerbau getroffen.¹⁹ Auch Julij A. Kwizinski, 1961 Dolmetscher von Botschafter Michail Perwuchin in Berlin, bestätigte das in seinen Memoiren: "Dieser (Chruschtschow - d. Verf.) gab seine Einwilligung, die Grenze zu Westberlin zu schließen und mit der praktischen Vorbereitung dieser Maßnahme unter größter Geheimhaltung zu beginnen. Die Aktion sollte rasch und für den Westen unerwartet durchgeführt werden."²⁰ Ulbricht habe geantwortet, dass die Grenze in ihrer ganzen Länge nur mit Stacheldraht rasch abgeriegelt werden könne.

Dass es dann relativ schnell und vorerst provisorisch zum Ersetzen des Stacheldrahts durch vermauerte Steinplatten kam, war wohl so von vornherein nicht geplant gewesen. Darüber schrieb Jürgen Petschull: "Am 15. August, abends gegen 18 Uhr, hebt ein schwerer Baukran auf der Ostseite der Ackerstraße eines der dort bereitgestellten Baufertigteile in die Luft, rollt damit bis auf fünf Meter an den Bordstein der Bernauer Straße heran, der hier die Sektorengrenze bildet. Der Kranführer lässt das Betonteil, 1,25 Meter mal 1,25 Meter groß und 20 Zentimeter dick, fünf Meter vor der eigentlichen Sektorengrenze auf den Boden nieder. Bauarbeiter richten es gerade aus. Ein zweites Teil wird daneben gestellt und die Fuge mit Mörtel verschmiert. Ein Teil wird neben das andere gesetzt, bis über die Ackerstraße hinweg die Lücke zwischen den Häusern an der Straßenecke zugemauert ist."²¹ Diese Schilderung deckt sich mit dem Bericht des Zeitzeugen Hans Hagen-Oliva, der 1961 als Mitarbeiter in der SED-Bezirksleitung Berlin Einblick in interne Vorgänge der "Aktion Grenzsicherung" gehabt hat. Er berichtete dem Verfasser im Jahre 1975 unter dem Siegel der strengsten Verschwiegenheit, dass ganz in der Nähe dieses oben beschriebenen Abschnitts Ackerstraße Ecke Bernauer Straße sich auf DDR-Seite ein Teppichgeschäft befunden habe. In dieses Geschäft seien (offenbar am 14. August) Jugendliche eingedrungen. Diese hätten die Teppiche über den Stacheldrahtverhau geworfen und sie selbst seien darüber gerobbt und nach Westberlin geflohen. Walter Ulbricht habe daraufhin den Innenminister Karl Maron zu sich befohlen und ihm 24 Stunden Zeit gegeben, dieses Treiben zu unterbinden. Was dann - wie oben beschrieben - als eine Art Verzweiflungstat - gemacht wurde, hätte sich in Wirklichkeit als wirksame Lösung erwiesen. An dieser Stelle durchbrach niemand mehr die Grenze, so der Bericht von Hans Hagen-Oliva.

Der 13. August war das Resultat eines historischen Kompromisses zwischen den USA und der Sowjetunion. Beide Mächte hatten kein Interesse, wegen Berlin in einen großen Konflikt verwickelt zu werden. Die Sowjetunion hätte den Kompromiss lieber auf der Basis der Luftkontrolle geschlossen, konnte sich aber mit diesem Projekt nicht gegen die USA durchsetzen.²² Die unter humanitären Gesichtspunkten zweifelsfrei günstigere Lösung einer Luftkontrolle wurde durch die Androhung eines Atombombenabwurfs blockiert. Die Sowjetunion musste die moralische Selbstbeschädigung des Sozialismus durch den Mauerbau in Kauf nehmen, wenn sie das Desaster einer zusammenbrechenden DDR vermeiden wollte. Der deutsch-deutsche Querden-

ker Rudolf Schottlaender erklärte das Entstehen der Mauer auch aus dem Selbsterhaltungstrieb eines Staates, "der trotz der durch eigene Misswirtschaft verschuldeten Ausblutungsgefahr, wohin die Auswanderungswoge zu führen drohte, nicht Selbstmord verüben wollte, was man ihm schließlich auch nicht zumuten könne."²³

Die Eskalation zu einem kriegerischen Konflikt wurde gestoppt und der Frieden gesichert. Das Ausbluten der DDR wurde beendet. Eine viel versprechende Wirtschaftsreform leitete 1963 das erfolgreichste Jahrzehnt der DDR-Geschichte ein, an dessen Ende die weltweite völkerrechtliche Anerkennung stand.

Anmerkungen

- 1 Eine gekürzte Fassung erschien unter dem Titel "Nikita Sergejewitsch war's. Von Wien bis zur Krim: Wie, wo und warum die Entscheidung zur Schließung der Grenzen erfolgte" im Neuen Deutschland, 21/22. Mai 2011, S. W 6.
- 2 Andrew H. Beattie: Learning from the Germans? History and Memory in German and European Discourses of Integration, in: PORTAL. Journal of Multidisciplinary International Studies, 4 (2007) 2, S. 18.
- 3 Thomas Großbölting: Die DDR im vereinten Deutschland, in: APuZ, 25-26, 2010, S. 40.
- 4 Paul Oestreicher: Im Schützengraben raucht man nicht. Dem Westen passte der Mauerbau gut ins Konzept - Erfahrungen eines BBC-Korrespondenten im geteilten Berlin, in: Berliner Zeitung, 24. Oktober 2009.
- 5 Vgl. Hans Kroll: Lebenserinnerungen eines Botschafters, Köln/Berlin 1967, S. 512.
- 6 Archiv der Gegenwart. Deutschland 1949 bis 1999. Bd. 3, Sankt Augustin 2000, 2823 B.
- 7 Erläuterungen Walter Ulbrichts zur Politik der DDR zum Friedensvertrag und zur Westberlinfrage auf einer internationalen Pressekonferenz, in: Neues Deutschland, Berlin, 16. Juni 1961.
- 8 So in der Quelle.
- 9 Vgl. SBZ von A - Z. Achte, überarbeitete Auflage. Bonn 1963, S. 570.
- 10 Welche Rolle dem "Düsenflughafen" Schönefeld zugeordnet war, kam auch in einem zeitgenössischen Lied zum Ausdruck: In Berlin da kannste hin geh'n, wo du willst, Überall rückt dir die Jugend auf die Pelle, bis du endlich ihren Herzenswunsch erfüllst und zum Düsenflugplatz eilst in aller Schnelle. Da erlebste dann die Vorschau der TU, denn die Mischmaschinen kreisen um die Wette, und da biste bald dabei und greifst mit zu, und verlässt ne Stunde früher schon dein Bette. Refr.: Nach Nikita werden landen hier aus England die Gesandten, auch für die aus USA ist der Flugplatz da. Staatsbesuch aus Bonn am Rhein wird uns auch willkommen sein. Doch wir haben uns verbeten: Für den Platz Atomraketen!
In der Welt da kannste hin geh'n, wo du willst, unser Düsenflugplatz wirkt in allen Ländern. Wenn du schneller unsre Pläne dir erfüllst, hilfst du mit, den Plan in Washington zu ändern. Dann erlebste auch den Abflug nach New York. Bist Pilot vielleicht, geschmückt mit bunten Bändern. Wenn's dann knallt, fliegt aus der Flasche nur der Kork. Du hilfst Freundschaft schließen dann mit allen Ländern. Refr.: Nach Nikita werden landen ... (Text: Roger Reinsch)
- 11 Hope M. Harrison: Ulbrichts Mauer, S. 278.
- 12 Archiv der Gegenwart. Deutschland 1949 bis 1999, Bd. 3, Sankt Augustin 2000, 2842 B.
- 13 Vgl. Franz Josef Strauß: Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 388.
- 14 Vgl. Kroll, S. 512.
- 15 Wilhelm G. Grewe: Rückblenden 1946 - 1961, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1979, S. 485/486.
- 16 Zit. nach: Archiv der Gegenwart 1931 - 1998, CD, Sankt Augustin, 09241.
- 17 The New York Times, 3. August 1961.
- 18 "McCloy, der sich anschließend weigerte, Moskauer Diplomaten über den Inhalt des Gespräches zu informieren. Auch Chruschtschow ging in seinen Gesprächen mit den Ersten Sekretären der Bruderparteien nicht auf diese Begegnungen ein, die man kaum als Privataudienz betrachten konnte." In: Werner Eberlein: Geboren am 9. November. Erinnerungen, Berlin 1002, S. 323/324.
- 19 Vgl. Kroll, S. 512.
- 20 Julij A. Kwizinskij: Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993, S. 180.
- 21 Jürgen Petschull: Die Mauer. Vom Anfang und vom Ende eines Bauwerks, Hamburg 1989, S. 154.
- 22 Bei dem Gespräch von Sowjetbotschafter Andrei A. Smirnow mit Bundeskanzler Adenauer am 16. August 1961 verwies dieser auf die Vorschläge der USA: "Nebenbei gesagt, wurden uns die in Berlin ergriffenen Maßnahmen in gewissem Maß von politischen Akteuren in den USA vorgeschlagen." Zit. nach: Hope M. Harrison, a.a.O., S. 317.
- 23 Rudolf Schottlaender: Trotz allem ein Deutscher. Mein Lebensweg seit Jahrhundertbeginn, Basel, Wien 1986, S. 125.

*Dokument***Stephan Hermlin an Grass und Schnurre¹**

Berlin, 17. August 1961

Sie haben gestern am 16. August 1961 einen offenen Brief an eine Reihe von Schriftstellern in der Deutschen Demokratischen Republik gerichtet. Da ich zu den von Ihnen genannten Empfängern gehöre, erlaube ich mir, das Folgende zu bemerken:

Sie wünschen, ich möge "die Tragweite der plötzlichen militärischen Aktion vom 13. August bedenken". Ich könnte mit den Worten eines offiziellen Sprechers in Washington darauf erwidern, daß die Rechte der westlichen Besatzungsmächte in Westberlin durch die Maßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik nicht angetastet wurden. Dies ist die Antwort, die bereits aus dem Westen gekommen ist, soweit die Frage der Tragweite aufgeworfen wird. Ich will es mir aber nicht ganz einfach machen, zumal ich kein Sprecher der amerikanischen Regierung bin.

Sie schrieben: "Wenn westdeutsche Schriftsteller sich die Aufgabe stellen, gegen das Verbleiben eines Hans Globke zu schreiben; wenn westdeutsche Schriftsteller das geplante Notstandsgesetz des Innenministers Gerhard Schröder ein undemokratisches Gesetz nennen; wenn westdeutsche Schriftsteller vor einem autoritären Klerikalismus in der Bundesrepublik warnen, dann haben Sie genauso die Pflicht, das Unrecht vom 13. August beim Namen zu nennen."

Ihr Argument, das bei früherer Gelegenheit bereits in ähnlicher Form auftauchte, resultiert aus einem Trugschluß. Wenn Sie, Schnurre und Grass, gegen Globke und Schröder auftreten, die Sie regieren, so bin ich keineswegs verpflichtet, gegen meine Regierung aufzutreten, die Globke und Schröder etwas nachdrücklicher bekämpft, als Sie beide es tun - das sei bei allem Respekt vor Ihrer Zivilcourage gesagt. Vielmehr ist meine Regierung bei dieser ihrer Tätigkeit meiner Zustimmung sicher. Tatsächlich ist das, was Sie das Unrecht vom 13. August nennen, eine staatliche Aktion gegen die Globke-Schröder-Politik.

Das Unrecht vom 13. August? Von welchem Unrecht sprechen Sie? Wenn ich Ihre Zeitungen lese und Ihre Sender höre, könnte man glauben, es sei vor vier Tagen eine große Stadt durch eine Gewalttat in zwei Teile auseinandergefallen. Da ich aber ein ziemlich gutes Gedächtnis habe und seit vierzehn Jahren wieder in dieser Stadt lebe, erinnere ich mich, seit Mitte 1948 in einer gespaltenen Stadt gelebt zu haben, einer Stadt mit zwei Währungen, zwei Bürgermeistern, zwei Stadtverwaltungen, zweierlei Art von Polizei, zwei Gesellschaftssystemen, in einer Stadt, die beherrscht wird von zwei einander diametral entgegengesetzten Konzeptionen des Lebens. Die Spaltung Berlins begann 1948 mit der bekannten Währungsreform. Was am 13. August erfolgte, war ein logischer Schritt in einer Entwicklung, die nicht von dieser Seite der Stadt eingeleitet wurde.

Ich habe meiner Regierung am 13. August kein Danktelegramm geschickt, und ich würde meine innere Verfassung auch nicht als eine solche "freudige Zustimmung", wie manche sich auszudrücken belieben, definieren. Wer mich kennt, weiß, daß ich ein Anhänger des Miteinanderlebens bin, des freien Reisens, des ungehinderten Austausches auf allen Gebieten des menschlichen Lebens, besonders auf dem Gebiet der Kultur.

Ich erinnere mich noch sehr genau an das ekelerregende Schauspiel einer sogenannten nationalen Erhebung, das ich am 30. Januar 1933 als ganz junger Mensch am Brandenburger Tor erlebte. Zehntausende von Hysterikern teilten einander damals tränenüberströmt mit, Deutschland sei endlich von der Knechtschaft erlöst. Hätten damals am Brandenburger Tor rote Panzer gestanden, wäre der Marsch nach dem Osten nie angetreten worden, brauchten keine Eichmann-Prozesse stattzufinden und säßen wir heute zu dritt in einer unzerstörten, ungeteilten Stadt am Alex oder am Kurfürstendamm im Café.

In Ihrem Brief wird sehr deutlich an die Adressaten appelliert, sie mögen sich nicht vor einer Antwort drücken, es gäbe angesichts der heutigen Situation kein Schweigen, so wenig - wie Sie schreiben - wie etwa zwischen 1933 und 1945. Offenbar haben Sie doch nicht sehr genau überlegt, an wen Sie das geschrieben haben, denn Ihre Adressaten, zumindest die Mehrzahl

von ihnen, schwiegen gerade zwischen 1933 und 1945 nicht, im Gegensatz zu so vielen patentierten Verteidigern der westlichen Freiheit des Jahres 1961.

Ich bin überzeugt, daß es meiner Antwort an Deutlichkeit nicht gebricht, und hoffe, daß wir uns bald in freundlicheren Stunden wiedersehen werden.

gez. Stephan Hermlin

Sonntag, 16. Jg., Nr. 35, 27. August 1961

Anmerkung

1 Dieses Dokument bedarf wohl keiner Einführung. - Günter Grass ist hinlänglich bekannt; Wolf-Dietrich Schnurre war ein umtriebiger Publizist in der "Frontstadt" Westberlin. (H. K.)

Erklärung der GBM,
entworfen vom Berliner Alternativen Geschichtsforum

Zum 13. August 1961

Am 13. August jährt sich zum 50. Mal der Tag, an dem die Staatsgrenze der DDR zur Bundesrepublik und zu Berlin (West) militärisch gesichert wurde. Das war eine Zäsur in der deutschen und europäischen Nachkriegsgeschichte, eine nicht nur grenz-, sondern friedenssichernde Maßnahme dort, wo zwei Gesellschaftsformationen, zwei feindselig einander gegenüberstehende Militärblöcke unmittelbar konfrontiert waren.

Die völkerrechtliche Legitimität der Grenzsicherung stand nie in Frage. So hatte der US-Senator William Fulbright, Sprecher des Außenpolitischen Ausschusses, schon am 31. Juli 1961 erklärt: "Ich verstehe nicht, warum die Ostdeutschen nicht ihre Grenzen schließen; denn ich glaube, dass sie ein Recht haben, sie zu schließen."

Im Potsdamer Abkommen hatten die drei Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkriegs vereinbart, Deutschland in der Zeit seiner Besetzung als wirtschaftliche Einheit zu behandeln. Diese Übereinkunft brachen die Westalliierten im Juni 1948 mit der separaten Währungsreform in den Westzonen und den Berliner Westsektoren. Wer ein Land, eine Stadt wirtschaftlich spaltet, ist auch für die politischen Konsequenzen verantwortlich, die das nach sich zieht.

Seit der unmittelbaren Nachkriegsperiode wurde die internationale Lage durch den kalten Krieg zwischen den beiden Weltsystemen, insbesondere durch Wettrüsten und atomare Kriegsdrohung belastet; nur allzu oft stand der Friede auf des Messers Schneide. Auch und gerade auf deutschem Boden wurde der kalte Krieg ausgetragen. Alle Angebote der UdSSR und der DDR, über die Einheit eines demokratischen, friedliebenden Deutschlands und einen Friedensvertrag zu verhandeln, lehnten die Westmächte und die BRD kategorisch ab. Stattdessen wurde Westdeutschland remilitarisiert, in die NATO einbezogen und strebte nach Atomwaffen.

Die BRD bekämpfte die DDR mit allen Mitteln "des Krieges, des Nervenkrieges, des Schießkrieges", wie am 9. Juli 1961 die "Bonner Rundschau" schrieb, um fortzufahren: "Dazu gehören nicht nur herkömmliche Streitkräfte und Rüstungen, sondern auch die Unterwühlung, das Anheizen des inneren Widerstandes, die Arbeit im Untergrund, die Zersetzung der Ordnung, die Sabotage, die Störung von Verkehr und Wirtschaft, der Ungehorsam, der Aufruhr." Dagegen hatte sich die DDR zu verteidigen; das lag im Interesse ihrer Bürger wie des Friedens.

Ein zentraler Ausgangspunkt jener Aktivitäten, deren Bandbreite von psychologischer Kriegführung über Spionage und Menschenhandel bis zu Mord reichte, war Westberlin. Dieser "Frontstadt" war die Rolle zugeordnet, als "Pfahl im Fleisch" der DDR zu wirken. Der Versuch der UdSSR 1958, Berlin (West) in eine entmilitarisierte Freie Stadt umzuwandeln und dadurch die "billigste Atombombe" des Westens zu entschärfen, führte nicht zum Ziel. Vielmehr verstärkten sich die Bestrebungen des Westens, widerrechtlich Westberlin in die BRD einzubeziehen. Aller-

dings wurde auf solche Weise auch dem Gerede vom "Viermächte-Status Berlins" weiterer Boden entzogen.

1961 spitzte sich die Kriegsgefahr bedrohlich zu:

- Die USA hatten im April mit der vernichtenden Niederlage der CIA-gesteuerten exilkubanischen Invasoren in der Schweinebucht eine demütigende Niederlage erlebt.
- Das Wiener Gipfeltreffen zwischen KPdSU-Generalsekretär Chruschtschow und US-Präsident Kennedy im Juni erbrachte in den Hauptproblemen - Stopp der Kernwaffentests, Friedensvertrag mit Deutschland, Westberlin-Frage - kein Ergebnis.
- Daraufhin kündigte die Sowjetunion den USA den Abschluss eines Friedensvertrags mit der DDR an, auf dessen Grundlage die Rechte der Besatzungsmächte in Berlin erlöschen würden und künftig Übereinkommen mit der DDR über die Benutzung der Verbindungswege mit Westberlin zu treffen wären.
- Die Folge waren Vorbereitungen der US-Administration, mit militärischen Mitteln einschließlich eines Atomschlags den "freien Zugang" zu sichern. Dabei fiel ins Gewicht, dass die Streitkräfte der Westmächte ohnehin in erheblichem Umfang an den Staatsgrenzen der DDR disloziert waren.
- Anfang August gab die UdSSR ihre Absicht bekannt, ihre Armee zu verstärken und übertrug dem vormaligen Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages Marschall Konew, einem ihrer erfahrensten Heerführer, den Oberbefehl über die Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland.
- Sein Nachfolger bei den Vereinten Streitkräften, Marschall Gretschnko, hatte schon Mitte Juli den Minister für Nationale Verteidigung der DDR angewiesen, konkrete personelle und materielle Vorbereitungen für einen Ernstfall zu treffen.

In dieser äußerst angespannten Situation wirkten die Maßnahmen des 13. August friedensbewahrend. Die DDR hatte ursprünglich andere Lösungsmöglichkeiten angestrebt. Doch in militärischen Angelegenheiten war ihre Souveränität eingeschränkt; nicht bei ihr lag die Hauptverantwortung für den 13. August, sondern bei der sowjetischen Führung. Der Politische Beratende Ausschuss der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages erteilte in seiner Moskauer Tagung vom 3. bis 5. August 1961 den Auftrag zu vollständiger Kontrolle und Sicherung der Grenze der DDR zur BRD und zu Westberlin. Offen erklärte Chruschtschow später dem Moskauer BRD-Botschafter Hans Kroll im Zusammenhang mit dieser Grenzsicherung: "Ich möchte Ihnen auch nicht verhehlen, dass ich es gewesen bin, der letzten Endes den Befehl dazu gegeben hat." Walter Ulbricht bezeichnete die Maßnahmen des 13. August rückblickend als "eine tragische Notwendigkeit".

Die Westmächte reagierten vergleichsweise gelassen; ihre Rechte in Berlin (West) und auf den Verbindungswegen wurden nicht berührt. Der stellvertretende britische Stadtkommandant in Berlin (West) äußerte inoffiziell: "Wir Westmächte sind über den Mauerbau eigentlich erleichtert ... Die Gefahr eines neuen Krieges ist nun erst einmal gebannt." Zudem hatte Marschall Konew am 10. August 1961 die westlichen Militärgouverneure vorab von den sowjetischen Absichten unterrichtet. Auch die Bundesregierung war nicht völlig unvorbereitet.

Der 13. August 1961 hat unserem Kontinent in hohem Maße zur Fortdauer der längsten Friedensperiode seiner Geschichte verholfen. Vor aller Augen wurde sichtbar, dass die Grenzen zwischen der DDR und der BRD beziehungsweise Berlin (West) keinen "innerdeutschen" Charakter trugen. Einsicht in die Realitäten führte zur Entspannung in Europa und der Welt ab Beginn der siebziger Jahre, zu umfassender internationaler Anerkennung der DDR, zur gleichzeitigen Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO 1973.

Auch die Lage innerhalb der DDR stabilisierte sich nach dem 13. August. Von der Spaltung Deutschlands hatte der Osten seit Anbeginn die größeren wirtschaftlichen Nachteile: fehlende Bodenschätze, unzureichende Produktionskapazitäten, weitaus höhere Reparationsleistungen, Bevölkerungsverluste durch Abwanderung. Dennoch war die industrielle Bruttoproduktion seit dem Gründungsjahr der DDR bis 1961 auf das Dreifache gestiegen. Aber der ökonomische Schaden, den die offene Grenze verursachte, war enorm. Vor allem ab 1960 nahmen die Disproportionen zu; der Arbeitskräftemangel verschärfte sich, Löhne stiegen schneller als die Arbeitsproduktivität, die Kaufkraft rascher als die Warendecke. Grenzgängertum und Republik-

flucht, großenteils auf gezielte Abwerbung zurückzuführen, störten die Wirtschaft, verschlechterten die Versorgungslage, gefährdeten die medizinische Betreuung der Bürger. Eine Atmosphäre der Verunsicherung entwickelte sich, Staatsorgane wurden erpressbar.

Unter diesen Bedingungen ermöglichten die grenzsichernden Maßnahmen mehr Kontinuität und Planungssicherheit. Für viele Bürger brachte die "Mauer" Erschwernisse mit sich; sie trennte Familien. Andererseits begünstigte wirtschaftlicher Fortschritt auch ein wachsendes Gefühl sozialer Geborgenheit; generell besserte sich die Stimmung im Lande, in dem man sich mehr und mehr beheimatet wusste.

Die DDR-Bestimmungen für das Grenzregime unterschieden sich prinzipiell nicht von den in der Bundesrepublik geltenden Vorschriften. Wie die Grenzordnung gehandhabt wurde, hing vom jeweiligen Stand der zwischenstaatlichen Beziehungen ab. Wir bedauern, dass Grenzverletzungen Menschenleben kosteten. Uns schmerzt, dass Angehörige der DDR-Grenztruppen beim Schutz ihres Staates ihr Leben geben mussten. Je weiter sich das Verhältnis namentlich zwischen der DDR und der BRD normalisierte, umso "durchlässiger" wurden bekanntlich die betreffenden Grenzen. Nach der Konferenz über europäische Sicherheit und Zusammenarbeit 1975 in Helsinki wären raschere Lockerungen bei den Grenzregelungen und im grenzüberschreitenden Reiseverkehr angebracht gewesen.

War es unberechtigt, die "Mauer" zeitweilig als "antifaschistischen Schutzwall" zu bezeichnen? Damalige Erfahrungen mit der Renazifizierung in der BRD, heutige Erfahrungen mit Neofaschismus in Deutschland und Europa rechtfertigen eine solche Kennzeichnung.

Recht wurde gebrochen, als Politiker der DDR und Angehörige ihrer bewaffneten Organe wegen ihrer Beteiligung an den grenzsichernden Maßnahmen verfolgt und bestraft wurden. Wo bleibt die Entrüstung etwa über die Mauer in Nahost, über die Grenzanlagen der USA gegenüber Mexiko, über die Brutalität an den EU-Außengrenzen? Gegen die Grenzen der DDR wird verstärkt Stimmung gemacht, um den Sozialismus im Nachhinein zu diffamieren. Um so nötiger ist es, solcher Zweckpropaganda die historische Wahrheit entgegenzusetzen.

Prof. Dr. Heinz Karl

Unheilvolle Allianz. Großkapital und Militär prägen seit 120 Jahren deutsche Welt-politik

Wir blicken zurück auf zwei Weltkriege. Gehen wir einem dritten entgegen? Wir können nur mit Eric Hobsbawm sagen: "Wir wissen nicht, wohin wir gehen."¹ Aber wir müssen versuchen, Entwicklungstendenzen zu erfassen, mögliche Wege der Entwicklung zu ergründen, wenn wir nicht lediglich Objekt des Geschehens sein wollen.

Eine der gravierendsten Folgen des Sieges des Imperialismus unter US-Hegemonie im Kalten Krieg ist eine neue Serie imperialistischer Kriege. Der sich seit 1989/90 explosionsartig verschärfende Kampf um die Kontrolle der *endlichen* Energie- und Rohstoffressourcen der Welt hat *zunächst* zu sich mehrenden neokolonialen Interventionskriegen geführt, deren nächster vielleicht gegen Libyen entfesselt wird. Auch angesichts der ursprünglich elementaren, aber zunehmend auch von außen beeinflussten - und zudem sehr heterogenen und widersprüchlichen - Massenprotestbewegungen in der arabischen Welt dürfte die Hauptgefahr aber nach wie vor eine Aggression der USA und Israels gegen den Iran darstellen - mit der BRD und anderen EU-Staaten als Komplizen und möglicherweise - erstmals seit Hiroshima und Nagasaki 1945 - unter Einsatz von Kernwaffen.

Angesichts dieser negativen Tatsachen und Entwicklungen ist es das Anliegen dieser Konferenz, die beunruhigende Frage zu erörtern: *Militarisierung, Rüstung, Kriege - wohin geht Deutschland?* Und dies wirft zwangsläufig als nächste Frage die nach den gesellschaftlichen Kräften auf, welche diese Prozesse bewirken, vorantreiben und aus ihnen Nutzen ziehen.

Zum anderen setzt die Beantwortung der Frage *Wohin?* vor allem zweierlei voraus: einmal die realistische Analyse des gegenwärtigen Zustandes und die Herausarbeitung der in ihm gegebenen Möglichkeiten. Zum anderen die Betrachtung und Beurteilung der Entwicklung, welche zu den heutigen Realitäten geführt hat.

Und dazu möchte ich mich im folgenden äußern. Im Kern ist dies die Frage, wie Großkapital und Militär seit dem Ende des 19. Jahrhunderts deutsche Weltpolitik - den Platz und die Rolle Deutschlands in der Welt, sein Verhältnis zu den anderen Staaten, sein Eingreifen in die internationalen Entwicklungen - bestimmt und gestaltet haben.

Marxistische deutsche Historiker haben dieser Problematik schon frühzeitig große Aufmerksamkeit gewidmet - in Auseinandersetzung mit der deutschen Katastrophe von 1933 bis 1945 und ihrer Vorgeschichte, im Bemühen um die Aufdeckung ihrer Ursachen und gesellschaftlichen Voraussetzungen. Albert Norden hat bereits 1947 in seinen "Lehren deutscher Geschichte. Zur politischen Rolle des Finanzkapitals und der Junker" die Zusammenhänge von Erstarken des Großkapitals, seines Expansions- und Hegemoniestrebens, der Militarisierung und Hochrüstung und der diesen Faktoren dienenden Diplomatie deutlich gemacht. 1948 legte Jürgen Kuczynski mehrere Untersuchungen vor, die wesentliche Aufschlüsse über wichtige Aspekte dieser Entwicklungen vermittelten;² 1952 skizzierte Albert Schreiner die deutsche Außenpolitik im Übergang zum Imperialismus 1871 - 1918³.

Diese Erkenntnisse der marxistischen Geschichtsforschung bestätigte und vertiefte der Hamburger Historiker Fritz Fischer 1961 mit seinem Werk "Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18"⁴. Gestützt auf eine überzeugende Quellenbasis wies er nach, dass das Großkapital im Verein mit den Führungen von Heer und Marine die deutsche Politik auf Expansion und Krieg orientierte, die deutsche politische und militärische Führung den Weltkrieg bewusst anstrebte und entfesselte und 1914 - 1918 konstant eine annexionsistische Kriegszielpolitik verfolgte.

Großkapital und Militär beim Übergang zum Imperialismus und zur "Weltpolitik"

Von "Weltpolitik" sprachen die deutschen Marxisten im Zusammenhang mit den neuen Erscheinungen, die den Übergang zum Imperialismus ankündigten: der deutschen Kolonialpolitik seit Mitte der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts - von Anfang an verbunden mit *Kolonialkriegen!* -, dem Streben nach überseeischen Stützpunkten (wie der chinesischen Bucht von Kiautschou) und Markterschließungen, dem Kapitalexport nach Übersee. Die Inbesitznahme von Kiautschou war charakteristisch für Wesen und Methoden dieser neuen, imperialistischen Phase deutscher Außenpolitik: Mitten im Frieden, im Vorgehen gegen einen Staat, mit dem das Deutsche Reich normale diplomatische Beziehungen unterhielt, nahm am 14. November 1897 ein deutsches Geschwader unter Androhung von Waffengewalt die militärische Besetzung der Kiautschou-Bucht vor. Am 6. März 1898 wurde China genötigt, dieses Gebiet mit allen Souveränitätsrechten für 99 Jahre an Deutschland zu "verpachten".

1897 warnte Franz Mehring vor "dem großindustriellen Klasseninteresse, das hinter den Flottenplänen und der Weltpolitik der Regierung steht"⁴. Auf dem Mainzer Parteitag der deutschen Sozialdemokratie im September 1900 referierte Paul Singer - einer der beiden Parteivorsitzenden - zum Tagesordnungspunkt "Die Weltpolitik" und charakterisierte deren Kontext und Hintergründe. In der zu seinem Referat angenommenen Resolution hieß es: "Die zum Zweck kapitalistischer Ausbeutung und militärischer Machtentfaltung betriebene Welt- beziehentlich Kolonialpolitik ... entspringt in erster Linie dem habgierigen Verlangen der Bourgeoisie nach neuen Gelegenheiten zur Unterbringung des stets anschwellenden Kapitals ... sowie dem Drang nach neuen Absatzmärkten ...

Diese Politik beruht auf der gewaltsamen Aneignung fremder Ländergebiete und der rücksichtslosen Unterjochung und Ausbeutung der in denselben wohnenden Völkerschaften ...

Die überseeische Eroberungs- und Raubpolitik führt ferner zu Eifersüchteleien und Reibungen der rivalisierenden Mächte und infolgedessen zu unerträglichen Rüstungen zu Wasser und zu Lande; sie enthält den Keim zu gefährlichen internationalen Konflikten, welche ... schließlich eine allgemeine Katastrophe wahrscheinlich machen."⁵

In der *unabdingbaren* militärischen Komponente dieser "Weltpolitik" zeigt sich also von Anfang an die unlösliche Interessenverknüpfung von expandierendem Großkapital und Militär. Dies fand seinen augenfälligsten Ausdruck in der forcierten Flottenrüstung. Im Mai 1898 nahm der Reichstag ein vom neuen Staatssekretär im Reichsmarineamt, Tirpitz, vorgelegtes neues Flottengesetz an, das den kurzfristigen Aufbau einer modernen, starken Flotte - vergleichbar etwa mit den Flotten Frankreichs und der USA - vorsah, eines gepanzerten Armes des Deutschen Reiches auf den Weltmeeren und an den Küsten ferner Kontinente. Aber nur kurze Zeit darauf, im Juni 1900, verabschiedete der Reichstag mit Zweidrittelmehrheit ein zweites Tirpitzsches Flottengesetz, das faktisch eine Verdoppelung der Flotte bedeutete. Es lief darauf hinaus, dass die deutsche Flotte in wenigen Jahren alle anderen Flotten der Welt mit Ausnahme der britischen mit Abstand überflügeln würde. Dies war eine offene Herausforderung Englands, der Startschuss für das maritime Wettrüsten Deutschlands mit Großbritannien und verschärfte die Gegensätze zwischen beiden Staaten enorm.

Das Heer stand aber in puncto Aufrüstung hinter der Marine keineswegs zurück. 1893 beschloss der Reichstag eine Heeresverstärkung um fast 73 000 Mann (14 %) auf fast 600 000 Mann. Das Militärgesetz von 1899 sah zwar keine wesentlichen personellen Verstärkungen vor, aber für das Massenheer wichtige Strukturveränderungen und eine bedeutende Verbesserung der Bewaffnung, insbesondere eine Verstärkung der schweren Artillerie. Es brachte eine wesentliche Erhöhung der Schlagkraft des Heeres.

Im Wettrüsten liefen verschiedene mächtige Interessen zusammen: das Profitinteresse des Rüstungskapitals; das Streben der Militärclique nach einem Rüstungsvorsprung zwecks Erzielung einer zumindest zeitweiligen militärischen Überlegenheit - was ihren Aggressionswillen (und damit die Kriegsgefahr) aufs äußerste steigerte; das Streben der regierenden Kreise, forcierte militärische Machtentfaltung in außenpolitische Erfolge umzumünzen.

Diese im Interesse des Großkapitals, insbesondere der Schwerindustrie liegende Politik stimulierte - wie insbesondere Karl Liebknecht herausarbeitete - die Stärkung des Militarismus vor allem in drei Richtungen: "erstens als Armee selbst, sodann als ein über die Armee hinausgehendes System der Umklammerung der ganzen Gesellschaft durch ein Netz militaristischer und halb militaristischer Einrichtungen (... Reserveoffizierstum, Zivilversorgungsschein, Vermilitarisierung des ganzen Beamtenapparats ..., Kriegervereine ...), ferner als ein System der Durchtränkung unseres ganzen öffentlichen und privaten Volkslebens mit militaristischem Geiste, wobei auch Kirche, Schule ..., ferner die Presse ... zäh und raffiniert zusammenwirken."⁶

Der Militarismus ist Teil der kapitalistischen Gesellschaft und beeinflusst sie auf typisch kapitalistische Weise, und zwar, so Karl Liebknecht, "in seiner Eigenschaft als Konsument und Produzent sowie in der Beeinflussung großer staatlicher Wirtschaftsbetriebe von strategischer Bedeutung. Von der Armee lebt eine ganze Armee von Fabrikanten, Handwerkern und Kaufleuten mit ihren Angestellten. ... Diese Kostgänger der Armee drücken besonders in kleineren Garnisonsstädten dem öffentlichen Leben geradezu den Stempel auf."⁷

Wichtig für das Verhältnis von Großkapital und Militär - auch (und gerade) in außenpolitischen Fragen - war die folgende Tatsache. Das riesige stehende Heer und eine rasch wachsende Marine - genauer: die Berufsmilitärs, insbesondere deren Führungsschicht - waren auch unabhängig von ihrer spezifischen Rolle als Gewaltinstrument des Kapitalismus ein Faktor zunehmender Kriegsgefahr. Da sie im - zumindest drohenden - Krieg die Legitimation ihrer Existenz und materiellen Sicherstellung fanden, die Vergrößerung des Militärapparates ihren Aufstieg förderte und ihren gesellschaftlichen Einfluss erhöhte, dies alles am besten mit einem erfolgreichen Krieg vonstatten geht, gehörten sie zu den ausgesprochenen Kriegsinteressenten. Zusammen mit den Rüstungsindustriellen und Armeelieferanten übten sie einen kriegstreiberischen Einfluss auf Regierung und Staatsbürokratie aus.

In all diesen Entwicklungen zeigte sich: Das an Expansion und Rüstung interessierte Großkapital und das Militär haben *parallele* Interessen in den Fragen der "Weltpolitik"! Dieses Interessengefüge war und ist Realität und politikbestimmend in allen Entwicklungsphasen des imperialistischen Deutschland - vom Kaiserreich über die Weimarer Republik und Hitlerdeutschland bis zur Bundesrepublik.

Dem Weltkrieg entgegen

Die von Großkapital, Militärclique, politischer Führung und imperialistischer Diplomatie vorangetriebene Expansions- und Hochrüstungspolitik ließ die vom Mainzer Parteitag prognostizierte "allgemeine Katastrophe" rasch näher rücken. Die durch diese Politik hervorgerufenen Marokkokrisen 1905 und mehr noch 1911 führten an den Rand eines deutsch-französischen Krieges. Vor allem die von blinder Profitgier, Fehleinschätzung der realen Bedingungen der Kriegführung und ihrer Entwicklungstendenzen und außenpolitischem Abenteuerertum getragene deutsche Flottenrüstung führte zum Bündnis Englands mit Frankreich (1904) und Russland (1907). Am 30. Juni 1913 beschloss der Reichstag eine Heeresverstärkung um fast 138 000 (20,5 %) auf über 808 000 Mann. Das war die zahlenmäßig und prozentual größte Heeresvermehrung seit 1871.

Die deutsche militärische und politische Führung nahm Kurs auf die unmittelbare Entfesselung des Krieges, bevor sich das Kräfteverhältnis zugunsten der Entente (Frankreich, Russland, England) veränderte. Ihr Handeln wurde zunehmend vom Gedanken des Präventivkrieges beherrscht. Im Dezember 1912 orientierte Kaiser Wilhelm II. in einer Besprechung der militärpolitischen Lage darauf, sich auf den "Ausbruch eines großen europäischen Krieges" einzustellen und das deutsche Volk "mit dem Gedanken an einen solchen Krieg vertraut" zu machen.⁸ Im Oktober 1913 drängte er den österreichisch-ungarischen Generalstabschef zu einem aggressiven Vorgehen gegen Serbien: "Die anderen sind nicht bereit ..." und: "Ich gehe mit euch!" - auch wenn das Krieg mit Russland bedeuten würde.⁹ Im Mai 1914 erklärte der deutsche Generalstabschef von Moltke seinem österreichisch-ungarischen Kollegen, "daß jedes Zuwarten eine Verminderung unserer Chancen bedeutet".¹⁰ Am 1. Juni äußerte Moltke: "Wir sind bereit und je eher, desto besser für uns."¹¹ Zur gleichen Zeit forderte er vom Staatssekretär im Auswärtigen Amt, "unsere Politik auf die baldige Herbeiführung eines Krieges einzustellen"¹².

Der lang ersehnte Anlass zum Losschlagen bot sich mit dem Attentat von Sarajewo am 28. Juni 1914. "Jetzt oder nie!" frohlockte Wilhelm II., drängte - wie auch der Generalstab - auf eine sofortige militärische Aktion gegen Serbien - auch auf die Gefahr eines Krieges mit Russland - und sicherte Österreich-Ungarn die "volle Unterstützung Deutschlands" zu.¹³ In den über Krieg und Frieden entscheidenden Wochen des Juli 1914 agierte die deutsche politische und militärische Führung als Scharfmacher und Antreiber - nicht aus Ratlosigkeit und Panik, sondern als Konsequenz ihres auf Expansion und Krieg um die Neuaufteilung der Welt gerichteten Kurses.

Wie sehr dieser Kurs die Interessen des deutschen Finanzkapitals - namentlich der Schwerindustrie und der Großbanken - und die Vorstellungen der mit ihm verbundenen militärischen und politischen Eliten reflektierte, wie einzig sich diese Machteliten in den grundlegenden Fragen waren, zeigte mit bemerkenswerter Deutlichkeit die Formulierung der *deutschen Kriegsziele*. Bereits im ersten von Reichskanzler Bethmann Hollweg am 9. September 1914 fixierten Kriegszielprogramm hieß es über das - durch zahlreiche konkrete Annexionsforderungen in Ost und West untersetzte - "allgemeine Ziel des Krieges": "Sicherung des Deutschen Reiches nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muß Frankreich so geschwächt werden, daß es als Großmacht nicht neu erstehen kann, Rußland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden."¹⁴ Im gleichen Sinne forderte Generalstabschef von Moltke einen Frieden, "der für unabsehbare Zeit von keinem Feind mehr gestört werden kann"¹⁵ - das heißt eine durch die *Ohnmacht* konkurrierender Mächte abgesicherte Vormachtstellung des imperialistischen Deutschland.

Das ökonomische Fundament und damit den eigentlichen Sinn und Zweck dieser vordergründig nur politisch-militärisch charakterisierten, durch einen *europäischen, ja Weltkrieg* erstrebten Konstellation hatte bereits im August - Gedanken aus den *Vorkriegsjahren* fortsetzend - der Großindustrielle Walter Rathenau in einer Denkschrift an Bethmann Hollweg umrissen. Ihr Kerngedanke - so Fischer - war: "Nur ein durch 'Mitteleuropa' verstärktes Deutschland sei in der Lage, sich zwischen den Weltmächten Großbritannien, USA und Rußland als ebenbürtige Weltmacht zu behaupten."¹⁶ In das gleiche Horn stieß der Chef der Deutschen Bank, von Gwinner. Bethmann Hollweg griff dieses Konzept - mit der Zoll- und Wirtschaftsunion Deutschlands und Österreich-Ungarns als Kernstück - voll auf.¹⁷

Krise und Scheitern der deutschen Kriegspolitik 1918

Jedoch war diese kriegerische "Weltmacht"-Politik des imperialistischen Deutschland durch zwei Grundfehler gekennzeichnet, die im wesentlichen auch ihr Scheitern bewirkten. Zum einen durch eine irrealer Einschätzung des Kräfteverhältnisses, insbesondere eine grobe Unterschätzung *der Möglichkeiten* ihrer Gegner, verbunden mit einer Überschätzung eigener zeitweiliger Vorteile. Zum anderen durch eine Überschätzung der militärischen Gewalt als Mittel der Politik. Diese Grundfehler wirkten sich auch dahingehend aus, dass 1917/18 die durch die Russische Revolution gegebene Chance der Beendigung des Zweifrontenkrieges nicht genutzt, sondern weiterhin im Osten eine abenteuerliche Okkupations- und Interventionspolitik betrieben und die begrenzten, ja schrumpfenden militärischen Kräfte weiter verzettelt wurden.

Da der scharfmacherische Aggressionskurs offensichtlich nicht zum Erfolg führte, sondern die Lage des imperialistischen Deutschlands sich immer ungünstiger gestaltete, suchte man nach einer erfolgversprechenderen Taktik. Eine entsprechende Variante umriss die am 20. März 1918 dem Reichskanzler Graf Hertling übermittelte Denkschrift eines Kreises um Friedrich Naumann und Prinz Max von Baden, in der es hieß: "Die demokratische Welle" (das bezog sich auf die Oktoberrevolution, Wilsons 14 Punkte und die anschwellende Friedensbewegung) "droht die Grundlagen jedes Imperialismus wegzuspülen. Diese Drohung ist besonders gefährlich für den deutschen Imperialismus ..." ¹⁸ Die Autoren empfahlen, keinen offenen "reinen Machtanspruch" zu formulieren, sondern der imperialistischen Politik eine "ethische Fundamentierung" zu geben, "unseren nationalen Willen" durch "allgemeine Menschheitsziele" zum Ausdruck zu bringen, nicht mit Machtinteressen, sondern mit "dem Recht", mit der "nationalen Freiheit" aller Völker zu argumentieren; die deutsche Politik müsse "als Rechtsschützer" auftreten. ¹⁹

Jedoch vermochte man weder die militärische Niederlage noch die Revolution zu vermeiden. Die forcierte Kriegspolitik des ersten Weltkrieges führte den deutschen Militarismus erstmals in eine Existenzkrise. Nur durch das Komplott der SPD-Führung um Ebert und Noske mit der militärischen Führung um Hindenburg und Groener, unterstützt durch die kaiserliche Staatsbürokratie und flankiert durch die Verständigung der führenden Monopolkapitalisten um Stinnes mit den Gewerkschaftsführungen (Zentralarbeitsgemeinschaft) gelang es, den reaktionären Militärapparat vor der Zerschlagung zu retten.

1919: Bankrott - aber die Weltherrschaft im Blick!

Aber gerade jetzt zeigte sich, dass der deutsche Generalstab selbst angesichts der vollständigen militärischen Niederlage, eines Waffenstillstandes, dessen Bedingungen einer *Kapitulation* gleichkamen, und einer Revolution im Inneren an seinen Weltmachtambitionen festhielt. Zugleich bewies er taktische Wendigkeit. Auf einer Beratung in der Obersten Heeresleitung am 20. Dezember 1918 - das war die Zeit, als die Militärs nicht einmal in der Lage waren, die den Berliner Marstall verteidigenden 100 Matrosen der Volksmarinedivision zu überwältigen - entwickelte Major von Schleicher (in der OHL für militär- und innenpolitische Fragen zuständig und seitdem bis zu seiner Reichskanzlerschaft 1932 unentwegt an politischem Einfluss gewinnend) Grundzüge des Kampfes um erneute Machtgewinnung. "Drei Etappen nannte er. Zunächst müsse man im Innern eine Regierungsgewalt wieder aufrichten, die sich durchzusetzen vermöge. ... Auf der Basis der wiederhergestellten Ordnung müsse man sodann zur Gesundung der Wirtschaft kommen. Erst auf den Schultern einer aus den Trümmern wieder aufgebauten Wirtschaft könne alsdann nach langen, mühevollen Jahren an die Wiedererrichtung der äußeren Macht herangegangen werden." ²⁰

Schleichers Chef, der Erste Generalquartiermeister, General Groener formulierte auf einer Beratung in der OHL am 19. Mai 1919 - einige Wochen vor Unterzeichnung des Versailler Friedens*diktats* - das gleiche Konzept noch schärfer: "Wenn man um die Weltherrschaft kämpfen will, muß man dies von langer Hand vorausschauend mit rücksichtsloser Konsequenz vorbereiten. ... Dazu gehört aber, daß der Grund und Boden, auf dem man steht, im Innern wie nach außen fest und unerschütterlich bleibt." ²¹ Zur gleichen Zeit, als sie kapitulierten und Diktatfrieden unterzeichneten, hatten sie nach wie vor die Weltherrschaft im Blick! Zu diesen in der Wolle gefärbten, aber taktisch flexiblen militärischen Weltmachtpolitikern um Groener und Schleicher gehörten auch Generalmajor Walter Reinhardt, erster Chef der Heeresleitung 1919/20, und Ma-

lor Kurt von Hammerstein, in der gleichen Funktion 1930 bis 1934. Nach wie vor hatte das Militär großes Gewicht durch seine *systemerhaltende* Rolle als in politischen Krisensituationen rücksichtslos handelnder *bewaffneter* Gewaltapparat, als letzter Rettungsanker des bürgerlichen Herrschaftssystems. Deshalb konnte es auch in der *Republik* - akzeptiert von allen "staatstragenden" Parteien einschließlich der SPD! - eine Sonderstellung einnehmen wie im Kaiserreich.

Stresemann und die "Ära Seeckt"

Die weitere Entwicklung zeigte, dass die von den Militärs 1918/19 aufgemachte Rechnung aufging. Auf der Grundlage einer wirtschaftlichen Hochkonjunktur vollzog sich Mitte der 20er Jahre ein rasches Wiedererstarken des deutschen Imperialismus. Die Besonderheit, dass Deutschland in wenigen Jahren im Export den dritten Platz nach den USA und Großbritannien, in der Industrieproduktion sogar den zweiten Platz nach den USA errang, jedoch politisch und vor allem militärisch durch das Versailler Vertragssystem stark eingeengt war, drückte sich deutlich im Wirken Gustav Stresemanns - 1923 bis 1929 deutscher Außenminister - aus.

Was er erstrebte, sagte er unmissverständlich in einer geheimen Denkschrift vom Januar 1925: "Die Schaffung eines Staates, dessen politische Grenzen alle deutschen Volksteile umfassen, die innerhalb des geschlossenen deutschen Siedlungsgebietes in Mitteleuropa leben ..., ist das Ziel ..., die schrittweise Revision der politisch und wirtschaftlich unhaltbaren Grenzbestimmungen der Friedensdiktate (polnischer Korridor, Oberschlesien) das nächstliegende Ziel deutscher Außenpolitik."²² Diese Ziele griffen weit über die deutschen Grenzen von 1914 hinaus. Sie waren die erklärte Absicht, den verlorenen Weltkrieg doch noch zu gewinnen. Diese klare machtpolitische Orientierung verband Stresemann mit der Taktik, die 1918 schon Friedrich Naumann und Prinz Max von Baden empfohlen hatten: die eigenen Machtansprüche nicht lautlos und provozierend hinauszuposaunen, sondern durch wohlklingende, Vertrauen erweckende Rhetorik zu tarnen. So legte er auch seinen Mitarbeitern im Auswärtigen Amt nachdrücklichst die Ratschläge seines Parteifreundes Graf Stolberg-Wernigerode ans Herz: "Gerade in unserer jetzigen Lage müssen wir den Mund vollnehmen von Friedensphrasen, Völkerversöhnung usw., ohne deshalb wie die pazifistischen Phantasten an diesen Schwindel zu glauben ..."²³

Um diese Ziele zu erreichen, erachtete Stresemann eine Verständigung mit Frankreich als unumgänglich. In Geheimverhandlungen mit dem französischen Außenminister Briand in Thoiry im September 1926 wurde man sich darüber einig, dass man Europa dominieren könne, "wenn Frankreich und Deutschland gemeinsame Sache machten". Interessenübereinstimmung gab es insbesondere hinsichtlich der Erschließung (besser: Beherrschung) des sowjetischen Marktes in einer deutsch-französischen "wirtschaftlichen Kooperation".²⁴ Absoluten Klartext zu diesem Thema redete Stresemann auf einem Treffen mit den Außenministern Englands, Frankreichs, Italiens und Japans im Juni 1927 in Genf. Er betonte, dass "es notwendig ist, Rußlands Wirtschaft so eng mit dem kapitalistischen System der westeuropäischen Mächte zu verknüpfen, daß wir dadurch den Weg ebnen für eine Evolution in Russland, die meiner Meinung nach allein die Möglichkeit gibt, aus Sowjetrußland einen Staat und eine Wirtschaft zu machen, mit der sich leben lässt"²⁵. Interessant ist, dass im Oktober 1926 General Groener eine Studie "Einige Bemerkungen über die russische Sphinx" vorlegte, in der er riet, sich auf lange Sicht auf einen "Wechsel in Russland" einzustellen. Er sprach sich für die Errichtung eines bürgerlichen Regimes in der Ukraine aus und schlug vor, der ukrainischen konterrevolutionären Emigration umfassende Unterstützung zu gewähren - einschließlich von Vorbereitungen für die Schaffung bewaffneter Formationen. Ein von Groener beim Auswärtigen Amt angeregtes "Ukrainisches Wissenschaftliches Institut" in Berlin wurde - mit Groener als Vorsitzenden - gegründet.²⁶

Die militärische Führung stimmte mit dieser außenpolitischen Strategie Stresemanns grundsätzlich überein. Eine an das Auswärtige Amt gerichtete Denkschrift des Truppenamtes vom März 1926 teilte die annexionistischen Ziele Stresemanns und markierte zwei strategische Etappen, wenn es darin hieß, "daß es sich für Deutschland in den nächsten Stadien seiner politischen Entwicklung nur um die Wiedergewinnung seiner europäischen Stellung und viel später erst um das Wiedererkämpfen seiner Weltstellung handeln wird. ... Es ist ohne weiteres anzunehmen, das ein wiedererstandenes Deutschland bei seinem späteren Kampfe um die Rohprodukte und Absatzmärkte in Gegensatz zum amerikanisch-englischen Machtkreise kommen und

dann über ausreichende maritime Kräfte wird verfügen müssen."²⁷ Damit war gedanklich an die Grundsatzentscheidungen 1918/19 angeknüpft, die Langfristigkeit der Entwicklung betont, aber zugleich das Weltmachtziel festgeschrieben. Dies unterstrichen auch die 1926/27 geführten Debatten in der Marineleitung, in denen sich die Orientierung auf den atlantischen Zufuhrkrieg durchsetzte, die in den Übergang zum Panzerkreuzerbau 1927/28 mündete.²⁸

Im Rahmen dieser Politik wurden nicht nur illegale Rüstungs- und Mobilisierungsmaßnahmen verstärkt betrieben, sondern auch die entsprechende Zusammenarbeit von Militär und Großkapital intensiver gestaltet. Im Herbst 1925 vereinbarten das Reichswehrministerium und der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) - der wichtigste und einflussreichste deutsche Unternehmerverband - die Bildung einer illegalen Rüstungsbehörde unter der Tarnbezeichnung "Statistische Gesellschaft (Stega), die vom RDI unterhalten und von dem Großindustriellen Ernst von Borsig geleitet wurde.²⁹ Im November 1925 traf der Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, mit Ruhrindustriellen Vereinbarungen über Waffenkonstruktionen, Rüstungsproduktion und wirtschaftliche Mobilmachung.³⁰ Im Frühjahr 1927 wurde ein Rüstungsprogramm erarbeitet, in dem festgelegt war, welche Industriebetriebe im Falle einer Mobilmachung sofort Kriegsproduktion aufzunehmen hätten und wie die gesamte deutsche Industrie auf Rüstungsproduktion umzustellen sei.

Ein vielseitiger General

Im Januar 1928 wurde Generalleutnant a. D. Wilhelm Groener Reichswehrminister. Das war kein gewöhnlicher Ministerwechsel. Zum ersten Mal in der Weimarer Republik übernahm ein Berufsmilitär dieses Amt, was man bis dato bewusst vermieden hatte. Bei Groener handelte es sich nun obendrein noch um den letzten de-facto-Generalstabschef des kaiserlichen Heeres. Zu seinen damaligen Mitarbeitern gehörten der jetzige Chef der Heeresleitung, General Heye, wie auch dessen Nachfolger, General von Hammerstein. Aber Groener verfügte auch über umfangreiche politisch-administrative und parlamentarisch-politische Erfahrungen als Reichsverkehrsminister 1920 bis 1923 und genoss zudem in Verwaltung und Wirtschaft Ansehen als Eisenbahnfachmann. Schließlich hatte er seit seiner Tätigkeit als erster Chef des die deutsche Kriegsrüstung leitenden Kriegsamt 1916/17 enge Beziehungen zum deutschen Großkapital, insbesondere zur Rüstungsindustrie, und entsprechenden Einblick in deren Treiben. Groener war geradezu prädestiniert, an der Schaltstelle von Politik, Militär und Wirtschaft das von ihm 1919 entwickelte imperialistische Revanchekonzept forciert in die Tat umzusetzen.

Im Januar 1928, als er das Ministeramt übernahm, agierte Groener zugleich als einer der Gründer des "Bundes zur Erneuerung des Reiches", der eine autoritäre, dem Wesen nach antiparlamentarische und antidemokratische Staats- und Verwaltungsreform anstrebte. Dies ging konform mit massiven Vorstößen der Unternehmerverbände, die im November/Dezember 1927 im Interesse einer verstärkten deutschen Exportoffensive und wirtschaftlichen Expansion forderten, "den Kampf mit der Masse und mit dem Reichstage" aufzunehmen und finanz- und sozialpolitische Veränderungen durchzusetzen, die "eine sehr einschneidende Verfassungsänderung"³¹ bedeuten würden. Diese politische Positionierung Groeners korrespondierte mit dem Handeln der von Oberst Kurt von Schleicher geleiteten Wehrmachtteilung im Reichswehrministerium während der Regierungskrise Ende 1926. Sie hatte sich unmittelbar in die Politik eingemischt und dem Reichspräsidenten die Berufung einer stark rechtsorientierten Regierung empfohlen (was dann auch geschah), und für den Fall, dass eine solche nicht zustande käme, die Einsetzung eines Präsidialkabinetts gemäß Artikel 48.³²

Als neuer Reichswehrminister brachte Groener das ins Stocken geratene Panzerkreuzerprojekt wieder in Gang und sicherte dessen erfolgreiche Realisierung, indem er die entschiedene Unterstützung durch die SPD-Führung erreichte. In Groeners Amtszeit 1928 bis 1932 vollzog sich eine wesentliche Veränderung. War es in der "Ära Seeckt" der Militärclique vor allem darum gegangen, zivile politische Einflussnahmen auf die Reichswehr zu verhindern bzw. zu paralysieren, die Reichswehr als "Staat im Staate" zu *erhalten*, so ging sie jetzt, mit dem Duo Groener/Schleicher an der Spitze, dazu über, immer stärkeren und schließlich *maßgeblichen* Einfluss auf die Innen- und Außenpolitik der Reichsregierung auszuüben - im Sinne des 1919 von Groener entwickelten, weltherrschaftsfixierten Revancheprogramms.

Dieser Kurs kam voll zum Tragen, als im März 1930 die Regierung der Großen Koalition unter dem SPD-Kanzler Hermann Müller von den bürgerlichen Parteien gesprengt und durch ein Präsidialkabinett unter Brüning ersetzt wurde - eine Lösung, auf die insbesondere Schleicher schon ein Jahr lang hingearbeitet hatte. Eine der wichtigsten - wenn auch (auf Grund des Kräfteverhältnisses zwischen den Imperialisten) gescheiterten - außenpolitischen Initiativen Brünings war der im März 1931 abgeschlossene Vertrag über die Zollunion mit Österreich (im September 1931 unter internationalem - vor allem französischem - Druck wieder aufgegeben), mit dem an das Mitteleuropa-Konzept im Weltkrieg wie an Stresemanns Pläne angeknüpft wurde. Worauf dieses Projekt abzielte, sagte - wie seinerzeit Walter Rathenau - im März 1931 sehr deutlich der Präsident des RDI, Carl Duisberg (IG Farben): "Erst ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa wird Europa das wirtschaftliche Rückgrat geben, dessen es zur Behauptung seiner Bedeutung in der Welt bedarf."³³ Rathenau hatte - intern und die deutschen Siegesfanfaren vom August 1914 im Ohr - unverblümt von "Deutschland" gesprochen; Duisberg sagte - öffentlich und taktisch berechnend - "Europa". Gemeint war das Gleiche. Dass es sich bei diesen Vorhaben nicht um isolierte, zufällige Aktivitäten einzelner Interessenten oder Interessengruppen handelte, sondern um eine *Grundorientierung* des deutschen Großkapitals, bestätigte auch der Großindustrielle Edmund Stinnes, wenn er im Juli 1931 in einem Brief an *Hitler* erklärte, die "Ausweitung des deutschen Raumes nach Osten und Südosten Europas" sei "derzeit nicht durch Verschiebung der Ostgrenzen möglich, aber durch deren weitgehende Auflösung (zum Beispiel durch Zollvereine) ... bis zu den Pripetsümpfen und der Donaumündung ..."³⁴

Zugleich verfolgte Brüning weiter Stresemanns Kurs auf eine deutsch-französische (imperialistische) Kooperation. Brünings Nachfolger Papen ging auf diesem Wege noch weiter. Auf der Lausanner Reparationskonferenz im Juni/Juli 1932 schlug er dem französischen Ministerpräsidenten Herriot ein deutsch-französisches Separatabkommen über die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages vor, u. a. den Austausch von Generalstabsoffizieren, das heißt eine offizielle, institutionalisierte Zusammenarbeit der beiderseitigen höchsten militärischen Führungsorgane.³⁵

Brüning/Schleicher und Hitler

Seit der Installierung des Präsidialregimes 1930 verstärkten sich die Bestrebungen des Großkapitals und der Militärclique, zu autoritären, erforderlichenfalls terroristischen Herrschaftsformen überzugehen, den imperialistischen Politikbetrieb von parlamentarisch-demokratischen Fesseln zu befreien, die demokratischen Rechte und Freiheiten sowie die sozialen Erregenschaften und den Lebensstandard der Massen abzubauen, um die imperialistische Expansions- und Revanchepolitik zu forcieren - und bei all dem die sozialen und politischen Verwerfungen durch die Weltwirtschaftskrise maximal zu nutzen. Im Zusammenhang damit wuchs sowohl in Kreisen des Großkapitals als auch bei den immer gewichtigeren politisierenden Militärs das Interesse für die faschistische Nazipartei, welche die von den anderen bürgerlichen Parteien enttäuschten Wähler auffing und sich zur größten und schließlich führenden bürgerlichen Partei entwickelte.

Brüning stand seit Oktober 1930 in ständigem Kontakt mit Hitler und forderte diesen direkt zu lautstarker Opposition gegen seine, Brünings, Außenpolitik auf, weil ihm das erleichtere, von seinen englischen und französischen Verhandlungspartnern Zugeständnisse zu erlangen.³⁶ Noch engeren Kontakt zu den Nazis hatte Generalleutnant von Schleicher, als Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium in allen nicht rein militärischen Fachfragen der zweite Mann nach Groener und bei Brüning von jeher im Sinne einer Zusammenarbeit mit Hitler wirkend. Über eine Unterredung Schleichers mit Hitler im Oktober 1931 berichtete die linksbürgerliche *Berliner Volkszeitung* (29. Oktober 1931), bestehende Differenzen wurden "aus der Welt geschafft". Zu der für die Haltung der Generalität gegenüber den Nazifaschisten *entscheidenden* Frage hieß es: "Hitler erklärte jedenfalls, daß unter gar keinen Umständen die Gefahr bestände, daß die SA-Organisationen etwa nach dem Beispiel der faschistischen Miliz als eine Art Konkurrenz der Reichswehr aufgezogen wurden und daß er auch nicht beabsichtige, große Mengen SA-Führer und Mitglieder in die Reichswehr zu überführen. Der jetzige Bestand der

Reichswehr sollte unangetastet bleiben und die Wehrpolitik keine Änderung erfahren."³⁷ Die extrem chauvinistische, revanchistische und militaristische Einstellung des Nazifaschismus entsprach voll und ganz der Haltung und den Interessen der Militärclique und veranlasste sie zu dessen Förderung.

Es entsprach dieser Übereinstimmung in den grundlegenden Interessen, wenn die erste einflussreiche gesellschaftliche Gruppe, zu der Hitler nach seiner Ernennung zum Reichskanzler persönlichen Kontakt aufnahm - und zwar bereits am 3. Februar 1933 -, die Generalität der Reichswehr war. Ein Kernsatz seiner Ausführungen in dieser Zusammenkunft lautete: "Entscheidend steht über allem die Wehrpolitik, da sicher ist, daß die letzten Konflikte durch Gewalt ausgetragen werden müssen."³⁸ Ausgehend von dieser Prämisse machte er den Generalen klare Zusagen in drei für sie essentiellen Fragen. Erstens würde er alle ihre illegalen Aufrüstungsmaßnahmen und -pläne maximal unterstützen und gegen jegliche Störung absichern. Zweitens bekräftigte er seine schon im Oktober 1931 Schleicher gegebene Zusicherung, keine Einmischung in ihre Kompetenzen zu dulden, auch nicht seitens der Nazipartei und der SA. Drittens wolle er in Deutschland nicht nur den "Marxismus" (damit meinte er die Arbeiterbewegung), sondern auch alle antimilitaristischen und pazifistischen Tendenzen ausrotten. Diese Positionierung sicherte dem Naziregime die volle Unterstützung der Reichswehr.

Das Regime der Revanche, Hochrüstung und kriegerischen Expansion

Die Regierung unter Hitler - anfangs eine Koalition mit anderen konservativen bürgerlichen Kräften, seit März 1933 (Ermächtigungsgesetz) unterstützt von *allen* bürgerlichen Parteien - genoss von Anfang an die Unterstützung der ausschlaggebenden Kräfte sowohl des Großkapitals als auch des Militärs, weil die konsequente Realisierung von deren Interessen unter Anwendung der effektivsten Methoden (diktatorische Administration, Terror und zielgerichtete, wirkungsvolle Demagogie) der wesentliche Inhalt ihrer Politik war. Ihr allgemeines Ziel war die Revanche für den verlorenen Weltkrieg 1914/18, der erneute Anlauf zum Kampf um die Weltherrschaft. Die Erreichung dieses Zieles mit dem Mittel des *Krieges* und dessen systematische und allseitige Vorbereitung war seit 1933 nicht nur für das Militär, auch für "die Wirtschaft" das Hauptanliegen.

Kennzeichnend für diese Vorbereitung des Revanchekrieges war, dass sie von Anfang an *organisiert* und umfassend betrieben wurde, ausgehend von den Erfahrungen seit 1914 und aufbauend auf den seit Mitte der 20er Jahre geschaffenen Grundlagen. Gemäß dem Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft (1934) wurden die Unternehmerverbände in Organisationen umgewandelt, der alle Unternehmen des betreffenden Wirtschaftszweiges obligatorisch angehörten. (So wurde zum Beispiel aus dem RDI die "Reichsgruppe Industrie".) Ihre Leitungen hatten die Rechte und Vollmachten staatlicher Exekutivorgane. Dieses System realisierte die Zusage Hitlers auf der Düsseldorfer Industriellentagung im Februar 1932, "daß die Wirtschaft sich selbst lenken sollte"³⁹. Sie hatte bewirkt, dass immer weitere Kreise der deutschen Unternehmer sich auf die Nazipartei orientierten. Die Führungspositionen in den Reichsgruppen und ihren Untergliederungen besetzten Vertreter der größten Konzerne und Banken, die dort rücksichtslos die Interessen ihrer Monopole gegenüber den anderen Unternehmern durchsetzten. Zur forcierten Vorbereitung der deutschen Wirtschaft auf den Krieg wurde 1936 der "Vierjahresplan" verkündet. Die Vierjahresplanbehörde mit Göring an der Spitze und Krauch (IG Farben) als dessen rechte Hand agierte nicht weniger diktatorisch und monopolfreundlich als die Reichsgruppen. Beide staatsmonopolistischen Institutionen befassten sich intensiv mit der Erringung wirtschaftlicher Positionen in anderen Ländern und mit der Übernahme von Unternehmen in von Hitlerdeutschland überfallenen Ländern. Schon bei der Besetzung Österreichs 1938 kursierte der Spruch: "Wer kommt sofort nach dem ersten Tank? Es ist Herr Rasche von der Dresdner Bank!" Niemals vor 1933 oder nach 1945 hat das Großkapital in solchem Umfange und so unmittelbar *Staatsgewalt* ausgeübt wie in der Nazizeit.

Enger und institutionell organisierter denn je seit ihren Anfängen 1925 wurde auch die Zusammenarbeit zwischen der militärischen Führung, den staatsmonopolistischen Wirtschaftsinstitutionen und den von diesen dirigierten Unternehmen, vor allem durch wechselseitige personelle Vertretung in den entsprechenden Gremien und verbindliche Zusammenarbeitsregelungen. Gegenstand dieser Zusammenarbeit war insbesondere auch die Planung außenwirtschaftlichen

Vorgehens im Interesse der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung sowie des Zugriffs auf ausländisches Wirtschaftspotenzial.

Diese Politik bewirkte die größte Rüstungskonjunktur im kapitalistischen Deutschland. "Die Erweiterung der Produktionsgrundlagen der deutschen Industrie im Krieg war beispiellos. Der Investitionsschub der Jahre 1937 bis 1944 war einzigartig in der bisherigen deutschen Wirtschaftsgeschichte."⁴⁰ Nach knapp zwei Kriegsjahren war der größere Teil Europas nicht nur dem militärischen und politischen, sondern auch dem Wirtschaftsdiktat des deutschen Imperialismus unterworfen. Er hatte eine Machtstellung erobert, die weit über alles im Ersten Weltkrieg Erreichte hinausging. Am 17. Juli 1941 sah das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank Hermann Josef Abs vor der Reichswirtschaftskammer "die Perspektiven ... für die deutsche Wirtschaft nach dem Kriege" im "engeren Zusammenschluß aller kontinentaleuropäischen Volkswirtschaften", der "Kontinentaleuropa dem amerikanischen Kontinent gegenüberstellt". Es "sei davon auszugehen, daß Deutschland nach dem Krieg Europa beherrscht"; "der Ferne Osten und Südamerika stehen dem europäischen Export offen ..."⁴¹ Es schien, als ob sich durch die faschistische Diktatur alle seit dem Ende des 19. Jahrhunderts entwickelten Expansionspläne des Großkapitals und der Militärclique realisierten und der deutsche Imperialismus und Militarismus unaufhaltsam seinem Weltherrschaftsziel entgegenmarschiere.

Krise und Scheitern Hitlerdeutschlands 1943 - 1945. Die "Überlebensstrategie"

Doch bevor diese imperialistischen Blütenträume reiften, wurde schon ihre Fäulnis offenbar. Die Erbsünden der deutschen Militaristen und des auf sie bauenden Kapitals - ihre maßlose Profit- und Machtgier und die Fehleinschätzung von Kräfteverhältnissen - führten sie in eine noch aussichtslosere Lage als 1918. Die alle Erwartungen weit übertreffende militärische und gesellschaftliche Kraftentfaltung der sozialistischen Sowjetunion schwächte und brach die Kampfkraft der deutschen Kriegsmaschine. "Die drei gewaltigen Schlachten bei Kursk, Orel und Charkow, die innerhalb von zwei Monaten ausgefochten wurden, bedeuteten den Ruin der deutschen Armeen im Osten. An allen Punkten waren sie geschlagen und niedergedrungen worden." (Winston Churchill)⁴² Hinzu kam im Unterschied zu 1918, dass die gigantischen Verbrechen der Wehrmacht, der anderen Institutionen des deutschen bürgerlichen Staates, der deutschen Konzerne und Banken an den Völkern Europas eine weitgehende politische und moralische Isolierung Deutschlands in der Welt zur Folge hatten.

Die sich 1943 abzeichnende Perspektive einer erneuten Niederlage des imperialistischen Deutschland gebar wie 1918 Bestrebungen, einen *imperialistischen* Ausweg aus der Krise deutscher Weltmachtspolitik zu finden. Als erfolgversprechendste taktische Variante erschien ein Vorgehen auf der bereits erprobten "Europa"-Linie. Der bis 1941/42 offensiv vertretene Dominanzanspruch verwandelte sich in den defensiv kaschierten Appell an die kleineren europäischen Staaten, "Rückhalt" am starken Deutschland zu suchen. Eine Denkschrift aus dem Auswärtigen Amt vom 9. November 1943 lieferte als Begründung dafür "eine angebliche 'bolschewistische Bedrohung für alle europäischen Völker' ..., 'sei es in ihrer ideologischen Form, sei es in ihrer ungeheuren Machtzusammenballung' ".⁴³ Aus Rathenaus (1914), Duisbergs (1931) und H. J. Abs' (1941) europäischem Zusammenschluss gegen außereuropäische Konkurrenten wurde die Vereinigung gegen den "Bolschewismus". Für den deutschen Imperialismus schien nun "die angestrebte Vorherrschaft in Europa nur noch unter dem antisowjetischen und antikommunistischen Etikett 'europäisch' durchsetzbar"⁴⁴.

Diese Orientierung tritt uns mit aller Deutlichkeit auch in den Vorstellungen der konservativen Oppositionellen um Carl Goerdeler und Generaloberst Beck entgegen. In seinem "Friedensplan" vom Spätsommer/Herbst 1943 entwarf Goerdeler ein Konzept zur Erhaltung der Machtgrundlagen des deutschen Imperialismus und Militarismus und der Behauptung der "Erfolge" Hitlers. Vehement und zutiefst demagogisch polemisiert er gegen die Forderung der Antihitlerkoalition nach bedingungsloser Kapitulation wie gegen eine Ahndung der deutschen Verbrechen durch internationale Gerichte, letzteres mit der dummdreisten Begründung, dass "die deutschen Gerichtshöfe eher zur Härte als zur Milde neigen werden"⁴⁵. Wie lächerlich, ja zynisch die Behauptung ist, *Nazijuristen* würden die *Naziverbrechen* ahnden, zeigt deren "Aufarbeitung" durch die BRD-Justiz. Ergänzt wird das reaktionäre innenpolitische Konzept durch die Forderung, bei Be-

seitigung des Naziregimes nicht die Weimarer Republik wiederherzustellen, sondern die Monarchie. Zur notwendigen antifaschistischen Säuberung des Staatsapparates findet sich nicht der leiseste Ansatz.

Allen Ernstes fordert Goerdeler 1943 die Anerkennung der Eroberungen Hitlers (Österreichs, der Sudetengebiete, Danzigs, des polnischen Korridors, Großpolens [des sogenannten "Warthegaus"]), dazu noch Südtirol, eine "gerechte Grenze gegenüber Dänemark"⁴⁶ sowie wenigstens einen Teil von Elsass-Lothringen. In die Fußtapfen von Duisberg und Abs tretend - und mit Ribbentrops Auswärtigem Amt korrespondierend - plädiert Goerdeler für einen europäischen Staatenbund mit einem europäischen Wirtschaftsministerium, einer europäischen Wehrmacht und einem europäischen Außenministerium, in dem England für den "Schutz der Meere" zuständig ist, "während uns Deutschen die Hauptlast der Landsicherung Europas obliegt".⁴⁷

"An eine Wiedergutmachung des durch den Hitlerismus den europäischen und anderen Völkern zugefügten Schadens ist nicht zu denken." Das sei "physisch für Deutschland unmöglich". Aber die kaltschnäuzige Ablehnung jeder materiellen Verantwortlichkeit der Kriegsschuldigen wird noch übertroffen durch Goerdelers "Begründung": "Die Zerstörungen aber, die der Krieg angerichtet hat, sind heute schon in Deutschland größer als in jedem anderen Teil Europas." Goerdeler, diesbezüglich einer der bestinformierten Leute Deutschlands, wusste genau, dass dies eine zynische Lüge war. Hier wird vielleicht zum ersten Mal Deutschland als *das eigentliche Opfer* des von seiner herrschenden Klasse angestrebten, vorbereiteten, entfesselten und auf verbrecherischste Weise geführten Raubkrieges hingestellt - eine Fundamentalposition des deutschen Revanchismus nach dem Zweiten Weltkrieg. In diesem Zusammenhang das Maß voll macht Goerdelers *rassistischer* Ausfall gegen die am schlimmsten betroffene Sowjetunion: "Gewiß ist auch Rußland durch diesen Krieg gewaltig geschwächt. Aber das naturhafte russische Volk gleicht solche Verluste schneller aus als die empfindlicheren europäischen Völker."⁴⁸ Goerdeler erweist sich als eiskalter imperialistischer Machtpolitiker, dem es um die Liquidierung des verlorenen Hitlerkrieges auf Kosten der *Opfer* der deutschen Aggression geht.

Wie, mit welchen Methoden, Argumenten, Lockungen versucht Goerdeler seine imperialistischen Ziele zu erreichen, die Westmächte zu ködern und die Antihitlerkoalition zu sprengen? Seine Hauptwaffe ist der Antibolschewismus, der die Westmächte mit dem deutschen Imperialismus verbindet. Natürlich in seinem Jargon, aber durchaus im Geiste Goerdelers schreibt sein Historiograph Gerhard Ritter über ihn: "Die Verteidigung des freien Europas gegen den Bolschewismus wird von jetzt an der Grundgedanke seiner Niederschriften."⁴⁹ "Wenn das heutige Rußland Vorherrschaft über Europa ausübt, werden die mittel- und westeuropäischen Völker, durch den Krieg geschwächt, durch Leidenschaft bewegt, vor schier unerfüllbaren Aufgaben stehend, zunächst dem radikalen Bolschewismus verfallen. Das wäre der Tod der europäischen Kultur und der Geltung Europas"⁵⁰ - dieses Szenario malt Goerdeler immer wieder aus. Dem sei nur zu begegnen, wenn die Westmächte und das imperialistische Deutschland sich verständigten und Deutschland militärisch und wirtschaftlich stark bliebe.⁵¹ Die antibolschewistische Trumpfkarte wird ergänzt durch die demagogische Gegenüberstellung Hitlers und der deutschen wirtschaftlichen, militärischen und bürokratischen Machteliten. Der "satanische, dämonische Hitler"⁵² wird als Alleinschuldiger hingestellt, die gesellschaftlichen Eliten, die ihn ins Amt hievt, die Initiatoren, Betreiber, Planer, Kommandeure, vor allem Nutznießer der deutschen Aggression werden entlastet. Abgerundet wird Goerdelers Konzept durch *rassistische* und *kolonialistische* Tiraden als Offerten an die westlichen Imperialisten. So verurteilt er das Bündnis mit Japan als "Verrat an den weißen Interessen", tritt für "die Wiederherstellung des europäischen Kolonial- und sonstigen Besitzes in Ostasien" ein und versichert, dass "wir ... daran mitzuwirken bereit sind".⁵³

Doch die Geschichte ging *damals* über Goerdelers Demagogie und Intrigen hinweg. Es gelang nicht, die Antihitlerkoalition zu spalten. Für die Westmächte lag es auf der Hand, dass sie *ohne* oder gar *gegen* die Sowjetunion nicht als *Sieger* aus dem Krieg hervorgehen würden, dass ein Kompromiss mit dem deutschen Imperialismus allein diesem Nutzen brächte. Und selbst wenn sie gewollt hätten - die antifaschistische Massenstimmung in ihren Ländern (einschließlich der Streitkräfte) war so stark, so breit, dass ein solcher Kurs sich nicht hätte realisieren lassen. So führte der "totale Krieg" im Unterschied zu 1918 in die *totale* Niederlage des deutschen Impe-

rialismus und Militarismus, die in den Beschlüssen von Jalta und Potsdam und im Nürnberger Prozess ihren Ausdruck fand.

Angesichts der offenkundigen Ausweglosigkeit der Situation entwickelten in der letzten Phase des Krieges Kreise des Monopolkapitals und der Naziführung, insbesondere der SS, Elemente einer "Überlebensstrategie" zur Rettung ökonomischer Positionen und anderer Einflussmöglichkeiten. Eine derartige Initiative war die geheime Konferenz in Strasbourg am 10. August 1944, an der Vertreter führender Konzerne sowie des Speer-Ministeriums und anderer Rüstungsbehörden teilnahmen. Sie ging von der Einschätzung aus, dass der Krieg nicht mehr gewonnen werden könne. Sie orientierte vor allem darauf, Kapital ins neutrale Ausland zu transferieren, um dort bestehende Unternehmen auszubauen bzw. neu zu schaffen, bestehende Kapitalverbindungen mit den USA maximal zu nutzen und in Deutschland rüstungsindustrielle Forschungseinrichtungen getarnt weiterzuführen.⁵⁴

Neuorientierung nach 1945

Die nach dem Fiasko 1945 unumgängliche Neuorientierung der herrschenden Klasse Deutschlands, insbesondere der wirtschaftlichen und militärischen Eliten, knüpfte in entscheidenden Zügen an die 1943 bis 1945 angestellten Überlegungen an und führte sie weiter.⁵⁵ Ihr Grundpfeiler wurde die Entwicklung der (Junior-)Partnerschaft zu den imperialistischen Westmächten, vor allem den USA, in deren Windschatten das wirtschaftliche und militärische Wiedererstarken betrieben wurde. Ihr Fundament war der traditionelle Antibolschewismus, die Feindschaft gegenüber der sozialistischen Sowjetunion. In taktischer Hinsicht wurde, *erzwungen* durch das reale Kräfteverhältnis, in völligem Gegensatz zur Haltung nach dem Ersten Weltkrieg, allen Alleingängen, dem "deutschen Sonderweg" eine entschiedene Absage erteilt. Offensichtlich war die "europäische" und "atlantische" Integration nicht nur der erfolgversprechendste, sondern auch der allein gangbare Weg, durch Infiltration internationaler Instanzen und Schaltstellen wieder Einfluss zu gewinnen.

Auf dieser Linie wurde auch (seit 1955 im Rahmen der NATO) die schrittweise Wiederherstellung der Wehrmacht (seit 1955 unter dem Namen "Bundeswehr") betrieben. Die BRD verfügte bereits bei ihrer Gründung über ein enormes militärisches Kaderpotenzial: Der Planungsstab der US-Armee veranschlagte im Januar 1950 die Zahl der rekrutierungsfähigen ehemaligen Wehrmachtsangehörigen in der BRD auf etwa drei Millionen; von ihnen standen über 1300 im Generalsrang.⁵⁶ Da die USA und ihre Verbündeten an diesem Potenzial und seiner Nutzung allergrößtes Interesse hatten, befanden sich die westdeutschen Militärs der 50er Jahre trotz des beispiellosen militärischen und politisch-moralischen Bankrotts 1945 in einer vorteilhafteren Lage als ihre Vorgänger nach 1918. Was für Goerdeler schon ein Hauptanliegen gewesen war - die Entlastung der Wehrmacht durch Behauptung einer alleinigen Verantwortung Hitlers für ihre Verbrechen -, wurde jetzt mit demagogischen Ehrenerklärungen westlicher Repräsentanten und Adenauers skrupellos durchgezogen, weil sie die politische Voraussetzung für die Schaffung der erstrebten westdeutschen Armee war.

Goerdelers exorbitante territoriale Forderungen von 1943 feierten - nach dem Debakel 1945 gezwungenermaßen etwas reduziert - fröhliche Urständ in der Forderung nach den deutschen "Grenzen von 1937" - einer frechen Missachtung des völkerrechtlich verbindlichen Potsdamer Abkommens und provokatorischen Infragestellung zahlreicher europäischer Grenzen. Wenn die BRD (mit dem Motiv der Spaltung des sozialistischen Lagers) in den 60er und 70er Jahren Polen und der Tschechoslowakei gewisse Zusicherungen gab und 1990/91 - mit vierzigjähriger Verspätung! - endlich vertragliche Verpflichtungen einging, sollte das nicht darüber hinwegtäuschen, dass dies ein rein taktisches Verhalten ist. Sie handelt aus der Sicht, die Edmund Stinnes 1931 Hitler empfahl: die deutsche Expansion nicht durch eine *Verschiebung* der Grenzen, sondern "durch deren weitgehende Auflösung (zum Beispiel durch Zollvereine)"⁵⁷ voranzutreiben - wofür die "europäische" Integration ein ideales Feld ist.

Auf diesem Wege wurde in wenigen Jahren eine perfekte imperialistische Restauration erreicht, wurden alle Ansätze zu einer gesellschaftlichen Weiterentwicklung erstickt. Die Wehrwirtschaftsführer Hitlers wurden die Wirtschaftskapitäne der Bundesrepublik. Hitlers Generale, Generalstäbler, Berufsoffiziere und -soldaten bauten die Bundeswehr auf und prägten sie. Eine

ernsthafte antifaschistische Überprüfung geschweige denn Säuberung des Staatsapparates hatte nicht stattgefunden. Infolge des *Grundgesetz*-Artikels 131 und dem zu seiner Ausführung 1951 erlassenen berüchtigten "131er-Gesetz" gelangten in den Staatsapparat der BRD mehr (ehemalige) Mitglieder der Nazipartei als zu Hitlers und Himmlers Zeiten.⁵⁸

Schon in den 80er Jahren war der (west-)deutsche Imperialismus stärker und handlungsfähiger denn je - nicht nur hinsichtlich seiner wirtschaftlichen und finanziellen Potenzen und der damit gegebenen außenpolitischen Möglichkeiten, auch mit seiner rüstungswirtschaftlichen Basis und seinem militärischen Potential. Mit der Einverleibung der DDR und den Zwei-plus-vier-Verträgen 1990 fielen für ihn die letzten Beschränkungen aus der Nachkriegszeit. Entscheidende Voraussetzung dafür war der Zusammenbruch der Sowjetunion, die dem deutschen Imperialismus und Militarismus die schwerste Niederlage seiner Geschichte bereitet und ihn - unterstützt von der DDR und den anderen sozialistischen Staaten - vier Jahrzehnte lang in Schach gehalten hatte. Für die Gestaltung der deutschen imperialistischen Politik nach 1945 spielten die politischen und taktischen Erfahrungen von 1918 bis 1945 eine bedeutende Rolle.

Die Neuorientierung in den 90er Jahren

Die weltpolitischen Umbrüche Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre schufen für den deutschen Imperialismus und Militarismus internationale Wirkungsbedingungen, die sich von denen aller früheren Etappen wesentlich unterscheiden. Es gibt keinen starken, seit Mitte der 40er Jahre deutlich überlegenen Systemgegner mehr. Der Konkurrenzkampf mit anderen imperialistischen Mächten vollzieht sich - im Unterschied zu den Phasen vor den beiden Weltkriegen - im Rahmen imperialistischer Machtkartelle (NATO, EU), die militärische Formen dieses Kampfes mit großer Wahrscheinlichkeit ausschließen. Der deutsche Imperialismus erhebt angesichts der realen Kräfteverhältnisse - und wohl auch als Schlussfolgerung aus seinen Erfahrungen in der Zeit der beiden Weltkriege - keinen universellen Hegemonieanspruch, fordert den US-Imperialismus nicht heraus, sondern arrangiert sich mit ihm als Hegemonialmacht. *Dem Wesen nach* anknüpfend an die Überlegungen von Rathenau (1914), Stresemann (1926) und Duisberg (1931) versucht er, sein Gewicht im Rahmen eines europäischen imperialistischen Kartells - das mit den USA "auf Augenhöhe" agieren kann - möglichst vorteilhaft zur Geltung zu bringen und *in Europa* beispielsweise *in Kooperation* mit dem französischen Imperialismus ("Kerneuropa") eine dominante Rolle zu spielen, wie es vor 80 Jahren schon Stresemann, Brüning und Papen versuchten.

Stand von 1945 bis 1990 mehr noch als in der Zwischenkriegszeit der Systemgegensatz im Mittelpunkt imperialistischer Politik - und besonders ausgeprägt in der deutschen -, so sind es jetzt die existenziellen Probleme des kapitalistischen Systems selbst, insbesondere das Problem der *endlichen* materiellen Ressourcen - vor allem der Energieträger Erdöl und Erdgas. Die um sie geführten Auseinandersetzungen konzentrieren sich auf Zentralasien und die ihm im Süden und Westen vorgelagerten Regionen, wobei letztere zusätzlich als Ausgangsbasen und Aufmarschräume im Visier sind. Hier kollidieren die Interessen der westlichen imperialistischen Machtkartelle (NATO, EU) immer schärfer mit denen Chinas und der Schanghai-Gruppe, Russlands und Indiens. Die seit den 90er Jahren in vollem Gange befindlichen kolonialen Interventionskriege (Irak, Afghanistan, die provokatorische Druck- und Drohpolitik gegenüber dem Iran) können ergänzt werden durch Stellvertreterkriege und kriegerische Auseinandersetzungen zwischen großen Mächtegruppierungen, die in einem dritten Weltkrieg münden können.

Auf diese Interessenlagen und Perspektiven haben sich das deutsche Finanzkapital und seine militärische Macht seit Anfang der 90er Jahre eingestellt. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundesregierung von 1992 stellten den Streitkräften der BRD als zentrale Aufgabe die Sicherung der für die Wirtschaft der BRD erforderlichen Ressourcen und des freien Zugangs zu ihnen. In diesem Zusammenhang erläuterte der Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann, in dankenswerter militärischer Knappheit und Präzision das Wesen dieser imperialistischen Politik und des Verhältnisses des Ökonomischen und Militärischen im Imperialismus, von Großkapital und Militär: "Es gibt nur zwei Währungen auf der Welt: Wirtschaftliche Macht und die militärischen Mittel, sie durchzusetzen."⁵⁹

Zu einem Wendepunkt der Außen- und Militärpolitik der BRD wurde ihre Teilnahme an der NATO-Aggression gegen Jugoslawien im März/April 1999. General Naumann - nun Vorsitzender des Militärausschusses der NATO - widmete ihr einen aufschlussreichen Kommentar mit Aussagen von grundsätzlicher Bedeutung.⁶⁰ *Erstens* schätzte er ein, dass der völkerrechtswidrige Überfall auf Jugoslawien "der erste Koalitionskrieg in Europa im Informationszeitalter" gewesen sei und fügte, jedes Missverständnis ausschließend, hinzu: "Es wird ein nächstes Mal geben, obwohl ich nicht weiß, wann und wo." Entgegen der seit 1945 allseits und immer wieder erklärten Absicht, durch diplomatisches und anderes politisches Handeln Kriege zu verhindern, sie moralisch zu ächten, konstatiert Naumann den *Krieg als Normalfall*, als Selbstverständlichkeit. *Zweitens* zieht er die Konsequenz, "daß wir unsere militärischen Schritte nicht auf Ziele wie die Rückkehr zu Verhandlungen ausrichten sollten. Wir sollten vielmehr die Planung auf das ehrgeizigere Ziel ausrichten, dem Gegner unseren Willen aufzuzwingen." Verhandlungen, Schadensbegrenzung, Kompromisse werden bewusst negativ stigmatisiert; schon die Planung wird auf den hinlänglich bekannten "Endsieg" ausgerichtet. Des weiteren verkündete Naumann demagogisch, 19 Staaten "kämpfen dafür, daß das Prinzip der Achtung der Menschenrechte wichtiger sei, als das Prinzip der territorialen Integrität, das für das Völkerrecht seit dem Westfälischen Frieden von 1648 bestimmend war". Wir haben es hier, *drittens* mit dem demagogischen Missbrauch des Menschenrechtsbegriffs zur Rechtfertigung von Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen, dem berüchtigten "Menschenrechtsimperialismus" zu tun. *Viertens* begeht Naumann die Ungeheuerlichkeit, ein seit dreieinhalb Jahrhunderten unumstritten gültiges fundamentales Völkerrechtsprinzip - einen Eckpfeiler der Existenz und der Tätigkeit der UNO - zu desavouieren, für obsolet zu erklären, was nicht einmal Hitler und Ribbentrop öffentlich zu tun wagten.

In den Bundeswehr-Richtlinien 2003 verabschiedete man sich von der durch das *Grundgesetz* (Art. 87 a) getroffenen Entscheidung, dass die Streitkräfte nur "zur Verteidigung" eingesetzt werden dürfen. Im offenen Gegensatz zum Grundgesetz wurde erklärt: "Landesverteidigung entspricht nicht mehr den aktuellen sicherheitspolitischen Erfordernissen." Heute sei die Bundeswehr "unverzichtbares Instrument, um die Interessen Deutschlands und seinen internationalen Einfluss zu wahren". Ungeniert wird der alte Weltmachtwahn artikuliert: "Künftige Einsätze lassen sich weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geografisch eingrenzen ... Der politische Zweck bestimmt Ziel, Ort, Dauer und Art des Einsatzes."⁶¹

Das Bundeswehr-Weißbuch 2006 markierte mit aller Deutlichkeit die Kapitalinteressen als Triebfeder der Militärpolitik und die Rolle des Militärs als Instrument bundesdeutscher Außenpolitik. Es ginge um "eine sichere Rohstoffzufuhr und sichere Transportwege ... Die Bundeswehr sichert die außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands ... Daraus ergibt sich eine strikt einsatzorientierte Ausrichtung der Bundeswehr. Sie ist so weiterzuentwickeln, dass die Streitkräfte uneingeschränkt im multinationalen Feld operieren können ..."⁶²

Konkretisiert wurde diese Orientierung u. a. in einer Bundeswehrstudie "PEAK-OIL⁶³ - Sicherheitspolitische Implikationen knapper Ressourcen" vom Juli 2010.⁶⁴ Sie prognostiziert als Folge der Erdölverknappung eine Machtverschiebung zugunsten der (vor allem in Asien, Afrika und Lateinamerika liegenden) erdölfördernden Länder und malt die drohende Gefahr einer Erpressbarkeit der imperialistischen Industriestaaten durch jene an die Wand. Darauf müsse die Sicherheitspolitik reagieren, vor allem durch ausreichende hochseefähige Marinekräfte und "die Mobilität und die weltweite Interventionsfähigkeit der Bundeswehr" (C. Schreer).⁶⁵ Eine besondere, zunehmende Gefahr für die brachiale Durchsetzung imperialistischer Interessen macht die Studie im wachsenden Gewicht und Einfluss Chinas aus.

Wie werden sich Rolle und Zusammenwirken von Großkapital und Militär weiterhin gestalten?

Die heutigen weltpolitischen Realitäten und Entwicklungstendenzen, die historischen Erfahrungen und die vorliegenden Konzepte führen zu dem Schluss, dass die unheilvolle Allianz von Großkapital und Militär nicht nur bestehen bleibt, sondern sich noch enger gestalten, das Gewicht der militärischen Komponente noch zunehmen und die Militarisierung der Außenpolitik noch weiter vorangetrieben werden wird.

Bestimmend für das politische und militärische Handeln - daran lassen die Dokumente gar keinen Zweifel - werden nach wie vor die wirtschaftlichen und Machtinteressen des Großkapitals sein.

Das Militär wird *diese* Interessen bedienen. Es verstärkt im allgemeinen das Element der Gewalt in der Politik, da mit deren Anwendung das Gewicht, der Einfluss des Militärs wächst.

Die Erfahrungen und Lehren der Geschichte verlangen die entschiedene Bekämpfung dieser Kräfte und Tendenzen *und ihrer sozialpolitischen Wurzeln*.

Anmerkungen

- 1 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme, (München Wien 1996), S. 720.
- 2 Jürgen Kuczynski: Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus, Bd. I: Monopole und Unternehmerverbände, Berlin (1948); ders.: Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland, Bd. I, 1800 - 1932, Berlin 1948; ders.: Studien, Bd. II: Propagandaorganisationen des Monopolkapitals, Berlin 1950.
- 3 Albert Schreiner: Zur Geschichte der deutschen Außenpolitik 1871 - 1945. Erster Bd.: 1871 - 1918, Berlin 1952.
- 4 Franz Mehring: Weltpolitik. In: Gesammelte Schriften, Bd. 14, S. 170.
- 5 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. IV, Berlin 1967, S. 51.
- 6 Karl Liebknecht: Militarismus und Antimilitarismus. In: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, Berlin 1958, S. 308.
- 7 Ebenda, S. 304.
- 8 Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht, (Düsseldorf 1961), S. 39.
- 9 Ebenda, S. 44.
- 10 Ebenda, S. 49.
- 11 Ebenda, S. 50.
- 12 Ebenda.
- 13 Ebenda, S. 52 - 54.
- 14 Ebenda, S. 98.
- 15 Ebenda, S. 96.
- 16 Ebenda.
- 17 Ebenda, S. 97.
- 18 Zit. nach: Martin Bennhold, Europa: Expansionsstrategien und -ideologien des deutschen Kapitals 1918 bis heute. In: Marxistische Blätter, 1-93, S. 65.
- 19 Ebenda.
- 20 Friedrich v. Rabenau: Seeckt. Aus seinem Leben 1918 - 1936, Leipzig (1940), S. 117.
- 21 Dorothea Groener-Geyer: General Groener. Soldat und Staatsmann, Frankfurt (M.), (1955), S. 143.
- 22 Dokumente zur deutschen Geschichte 1924 - 1929, hrsg. v. W. Ruge u. W. Schumann, Berlin 1975, S. 35.
- 23 Anneliese Thimme: Gustav Stresemann, Hannover u. Frankfurt a. M. 1957, S. 93.
- 24 Gustav Stresemann: Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, Dritter Bd., Berlin 1933, S. 15 - 24.
- 25 Ebenda, S. 153.
- 26 Vgl. Karl Nuß: Militär und Wiederaufrüstung in der Weimarer Republik, (Berlin 1977), S. 207/208 u. 343.
- 27 Denkschrift "Die Abrüstungsfrage nach realpolitischen Gesichtspunkten betrachtet". In: Reinhard Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, (Köln 2000), S. 77.
- 28 Vgl. Richard Lakowski/Werner Wunderlich: Zwischen Flottenschlacht und Zufuhrkrieg, (Berlin 1978), S. 110 - 116.
- 29 Vgl. K. Nuß: Militär und Wiederaufrüstung, S. 198.
- 30 Vgl. ebenda, S. 191.
- 31 Zit. nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, Berlin 1966, S. 488, 487.
- 32 Vgl. K. Nuß: Militär und Wiederaufrüstung, S. 156.
- 33 Zit. nach: M. Bennhold, Europa: Expansionsstrategien, S. 68.
- 34 Fritz Klein: Die diplomatischen Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion 1917 - 1932, Berlin 1952, S. 180.
- 35 Vgl. Heinrich Brüning: Die Vereinigten Staaten und Europa, Stuttgart 1954, S. 14; W. Truchanowski (Hg.): Geschichte der internationalen Beziehungen 1917 - 1939, Berlin 1963, S. 283; Karl Dietrich Bra-cher: Die Auflösung der Weimarer Republik, Düsseldorf 1984, S. 488/489.
- 36 Vgl. Heinrich Brüning: Memoiren. 1918 - 1934, Stuttgart (1970), S. 194 - 196.

- 37 G. Förster/H. Helmert/H. Otto/H. Schnitter: Der preußisch-deutsche Generalstab 1640 - 1965, Berlin 1966, S. 513.
- 38 Carl Dirks/Karl-Heinz Janssen: Der Krieg der Generäle. Hitler als Werkzeug der Wehrmacht, (Berlin 1999), S. 235.
- 39 So formulierte es der Bankier Kurt von Schröder während des Nürnberger Prozesses 1946. Zit. nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, S. 606.
- 40 Dietrich Eichholtz: Über den Klassencharakter des NS-Regimes: In: Marxistische Blätter, 5-02, S. 76. - Vgl. auch: Ders., Monopole und Staat in Deutschland 1933 - 1945. In: Monopole und Staat in Deutschland 1917 - 1945, Berlin 1966, S. 33 - 59; Kurt Gossweiler: Der Putsch, der keiner war, (Köln 2009).
- 41 Reinhard Kühnl: Der deutsche Faschismus, S.314.
- 42 Winston Churchill: Der Zweite Weltkrieg, (Frankfurt a. M. 2003), S. 823.
- 43 Gerhart Hass: Der deutsche Militarismus und der zweite Weltkrieg. In: Der deutsche Militarismus in Geschichte und Gegenwart, (Berlin 1980), S. 170.
- 44 Ebenda, S. 171.
- 45 Gerhard Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, (Stuttgart 1984), S. 587.
- 46 Ebenda.
- 47 Ebenda, S. 591.
- 48 Sämtliche Zitate ebenda, S. 588.
- 49 Ebenda, S. 333.
- 50 Ebenda, S. 588.
- 51 Vgl. ebenda, S. 586/587, 589, 591.
- 52 Ebenda, S. 590.
- 53 Ebenda, S. 591.
- 54 Vgl. Der zweite Weltkrieg. Dokumente. Ausgew. u. eingel. v. G. Förster u. O. Groehler, Berlin 1972, S. 283 - 286.
- 55 Vgl. G. Hass: Der deutsche Militarismus, S. 174/175.
- 56 Vgl. Joachim Schunke: Die Weichenstellung für zwei deutsche Armeen im Kalten Krieg. In: Rührt euch! Zur Geschichte der Nationalen Volksarmee der DDR (Hg. Wolfgang Wünsche), (Berlin 1998), S. 17/18.
- 57 F. Klein: Die diplomatischen Beziehungen, S.180.
- 58 Vgl. Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. Staat/Wirtschaft/Armee/Verwaltung/Justiz/Wissenschaft, Berlin 1965; H. Karl: Rechtsextremismusdeutung als Regimeapologetik. In: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, H. 11/2000, S. 10 ff.; ders.: Zur Personalstruktur des MfS der DDR und des entsprechenden Behördensystems der BRD. In: Mitteilungen, H. 5/2010, S. 28 - 30; Ingo Müller: Furchtbare Juristen, (München 1989); Dieter Schenk: Die braunen Wurzeln des BKA, (Frankfurt a. M. 2003); ferner das kürzlich erschienene Werk über die Vergangenheit des Auswärtigen Amts.
- 59 isw-Grafik-Report, Nr. 12, Januar 2009, S. 14
- 60 FAZ, 1. Oktober 1999.
- 61 isw-Grafik-Report, S. 14.
- 62 Ebenda.
- 63 Unter "Peak-Oil" verstehen Energieexperten jenen Zeitpunkt, zu dem das globale Maximum bei der Erdölförderung erreicht sein wird und gleichzeitig die weltweiten Ölvorräte allmählich zurückgehen. (Claus Schreer, PEAK-OIL: Die Bundeswehr entwirft eine Strategie für das Ende des Ölzeitalters. isw-information, Oktober 2010, S. 2.)
- 64 Herausgeber der Studie "ist das 'Zentrum für Transformation der Bundeswehr'. Es unterstützt das Bundesministerium der Verteidigung bei der zentralen Steuerung der Planungs-, Führungs- und Entscheidungsprozesse für die Streitkräfte. Das 'Zentrum' analysiert langfristige sicherheitspolitische Herausforderungen in einem Zeithorizont von 30 Jahren und entwickelt Zukunftsanalysen für die Streitkräfteplanung und für das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr im 21. Jahrhundert." (C. Schreer: PEAK-OIL, S. 1.)
- 65 Ebenda.

Lorenz Knorr

Militarisierung der Jugend - einst und heute

Es gehört zur Tradition der in Deutschland herrschenden Kräfte, die Jugend für ihre machtpolitischen Sonderinteressen zu instrumentalisieren. Vor allem als Soldaten in der "schimmernden Wehr" und quasi als "Kanonenfutter" blieben die Hochgelobten stets willkommen, auch wenn dies nicht der einzige Missbrauch der Jugend war.

Kurz nach der Reichsgründung in Versailles 1871, also auf fremdem Boden, ohne das Volk und nach einem Krieg samt Annexion Elsass-Lothringens sind erste Versuche zu konstatieren, die nachwachsende Generation systematisch auf das Waffenhandwerk bzw. das "Töten von bösen Feinden" einzustellen. Man wollte es nicht mit einem aktuellen "Ruf zu den Waffen" genug sein lassen. Schon im Vorfeld eines potenziellen Krieges, also in einer Zwischenkriegszeit, bereitete man die wehrfähige Jugend für das barbarische Kräftenessen der Staaten vor; für die speziellen Interessen der privilegierten Minderheit ließ man die Jugend zum Töten abrichten.

Probleme gab es insofern, weil damals Jugendliche - der dominierenden sozialen Not geschuldet - oft gesundheitliche Mängel aufwiesen und damit als "kriegsuntauglich" eingestuft werden mussten.

In den Schulen des Zweiten Reiches unter Bismarck bereitete man schon die Kinder auf Kriege vor, vor allem gegen den "Erbfeind", gegen Frankreich. Charakterisierende Texte aus der napoleonischen und nachnapoleonischen Zeit füllten die Unterrichtsstunden. Kleists Hymnus "Germania an ihre Kinder" war auswendig aufzusagen:

"So verlasst, voran der Kaiser, / eure Hütten, eure Häuser. /
Schäumt - ein uferloses Meer - / über die Franzosen her! /
Alle Plätze, Trift und Stätten / färbt mit ihren Knochen weiß; /
Welche Rab' und Fuchs verschmähten, / gebet sie den Fischen preis. /
Dämmt den Rhein mit ihren Leichen! / Lasst - gestaut von ihrem Bein - /
Schäumend um die Pfalz ihn weichen / und ihn dann die Grenze sein. /
Eine Lustjagd, wie wenn Schützen / auf der Spur dem Wolfe sitzen. /
Schlagt ihn tot! Das Weltgericht / fragt euch nach den Gründen nicht!"

Dies ist nur eine Auswahl *eines* Textes aus einer Fülle derartiger Vermittlungen von Hass und Aufforderungen zum Totschlag. Der Schriftsteller Ernst Moritz Arndt forderte "Zorn und Rache" und notierte: "Deutschland braucht einen großen militärischen Tyrannen, der fähig ist, ganze Völker auszurotten!" Man könnte annehmen, Arndt nahm das 20. Jahrhundert und den Faschismus vorweg. Grillparzer kritisierte diese Entwicklung mit dem Satz: "Von der Humanität über die Nationalität zur Bestialität." In den Schulbüchern und anderen Schriften für das Volk las man des Turnvaters Jahn Bekenntnis: "Es gibt Bücher genug, die von Henkershand samt ihren Verfassern verbrannt zu werden verdienen." Heinrich Heine reagierte später darauf: "Wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen." Solche kritischen Stimmen verbarg man - so weit wie möglich - vor allem vor der nachwachsenden Generation.

Die soziale Frage, von der auch die Jugend betroffen war, verdrängte man nach Möglichkeit. Vom "Gott-gewollt-sein" der Herr/Knecht-Situation war die Rede. Nationale Einheit und militärische Stärke als Selbstverständnis hämmerte man ein. Die Reichsgründung von 1870/71 sollte wie ein berauschender Trank wirken, als historischer Gipfelpunkt der glorreichen Überlegenheit deutscher Truppen. Krieg als eine Art Naturereignis feierte man als gottgewollte Selbsterhöhung des deutschen Volkes, voran der Kaiser und seine Generale. Dass der Gekrönte und seine höchsten militärischen Führer zu keiner Zeit etwas vom Kugelhagel und Granatsplittern an der Front miterlebten, blieb unerwähnt. Ihre Etappenpraxis gab man als "Fronterlebnis" aus.

Massiv geförderte Geschichtspädagogik erzeugte einen nationalen Rausch. Der Historiker Treitschke feierte das deutsche Kaisertum als "das älteste und edelste der Welt!". Der Begriff "Reich" erhielt einen hoch über den Menschen angesiedelten fast religiösen Gehalt. Der Kulturhistoriker Burckhardt kritisierte, nun werde "die ganze Weltgeschichte von Adam an siegesdeutsch angestrichen". Deutschland sei ein "uraltes, reines, ungemischtes Stammvolk" war

vielfach zu lesen! "Deutsches Sendungsbewusstsein" predigte man der Jugend zusammen mit einem gelobten Überlegenheitswert für alles Germanische, vor allem das Deutsche. Im Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsgestaltung blieb die "preußische Kriegspädagogik" das zentrale Element der Einflussnahme auf die Jugend.

Der europäischen Aufklärung und dem Humanismus unterstellte man eine "Sucht des Zerstörens". Napoleon galt als "Vorkämpfer des Bösen", der mit "französischer Grausamkeit" eine Art Gegenpol zu den treuen, fleißigen und edlen Deutschen verkörperte. Ein "zuversichtlicher Krieger" sollte der Deutsche sein, der zum "glaubenskühnen und todesmutigen Heer" zu gehören habe. Es war kein Nationalbewusstsein, das man vermittelte, sondern ein verschwommenes Nationalgefühl. Deutsche galten als "Helden", Engländer als "Krämer". Erstes Hassobjekt blieb der "Erbfeind", die Franzosen.

Die stürmische Industrialisierung des Reiches brachte das Proletariat und die revolutionäre Arbeiterbewegung hervor. Es seien "vaterlandslose Gesellen", trichterte man der Jugend ein, und dies nicht nur ihr! Die Irreführung der Menschen bzw. die Manipulation des gesellschaftlichen Bewusstseins war allgegenwärtig. Wegen ihrer Kriegsgegnerschaft und ihres betonten Internationalismus stempelte man sie als "Reichsfeinde" ab. Das Sozialistengesetz von 1878 bis 1890, verbunden mit offenem und verdecktem Terror gegen die sogenannte "Partei der Kaiser-mörder", erheischte eine besondere Rechtfertigung. Demokratie und Sozialismus vermittelte man als "Weltuntergang".

Der damalige "Alldeutsche Verband" hämmerte vor allem der Jugend ein, dass sie einem "Herrenvolk" angehöre, "das sich seinen Anteil an der Welt selbst nimmt". Den Anspruch auf Weltherrschaft des "germanischen Reiches" vermittelte man vor allem der Jugend.

Die katastrophalen Folgen waren das kriegsbedingte Massensterben der Jugend vor Langer-marck, vor Verdun, in den Ardennen, in den Masuren und anderen "Schlachtfeldern", wo dem Wortsinn nach "geschlachtet" wurde - also Menschen als Tiere abgewertet!

Der deutsche Faschismus brachte Höhepunkte bei der Instrumentalisierung der Jugend für machtpolitische und rassistische Zwecke. "Du bist nichts, dein Volk ist alles!" trichterte man vor allem der Jugend ein. "Hart wie Kruppstahl, zäh wie Leder und flink wie Windhunde" sollte die Jugend nach Hitlers Votum sein bzw. werden. "Wir marschieren für Hitler!" ließ sie der Reichsjugendführer Schirach singen sowie "Unsere Fahne flattert uns voran!" (Wobei Antifaschisten ergänzten: "Weil ihr so viel gesoffen habt!") "Unsere Fahne ist mehr als der Tod", sang man zudem. "Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen", brüllte man mehr als singend. "Slawische und jüdische Untermenschen" sollten sie hassen und "ausmerzen".

Weil es tatsächlich Kameradschaftlichkeit gab - wofür diese missbraucht wurde, war den meisten nicht bewusst -, nahmen viele das Märchen von der "Volksgemeinschaft" als Realität wahr - trotz zu erkennender Klassenunterschiede. Das Führersystem galt auch in der Wirtschaft: der Kapitalist galt als "Betriebsführer", die Arbeiter als "Gefolgschaft".

Zu keiner Zeit in der deutschen Geschichte erreichte die Indoktrinierung der Jugend derartige Ausmaße wie im Faschismus. Das Bündnis von Kapital, NS-Führungsclique und Generalität erreichte vor allem auf die nachwachsende Generation dominierenden Einfluss.

Nach 1945 erreichte Friedenserziehung in Schulen beachtliche Ausmaße - trotz vieler Mängel. Ihre Erfolge lagen in einer Befähigung zum Gewaltverzicht bei Streit und Interessenkollisionen; ihre Schwäche lag im häufigen Ausklammern der realen Kriegsursachen: sie lagen und liegen in Expansionskräften der Kapitale und im politischen Vormachtstreben. Die Realitäten der Kriegsursachen zu erhellen erheischte jedoch eine klare Positionierung der Lehrkräfte - und an dieser fehlte es allzu oft. In der DDR war das anders.

Die Militarisierung der deutschen Außenpolitik nach 1989 - angesichts der Existenz der DDR war sie vorher nicht möglich! - brachte ungute Auswirkungen auf das Verhältnis von Schulen bzw. Unterricht und Streitkräften; fälschlich benannt mit "Bundeswehr" angesichts deren Teilnahme an Raub- und Eroberungskriegen der USA bzw. der NATO. In sechs Bundesländern existieren derzeit Abkommen zwischen Kultusministerien und Streitkräften über "Unter-

rechts"stunden, die von speziellen Jugendoffizieren zu leisten sind. Über Beförderungsmöglichkeiten und Berufsausbildung, aber auch über "Sicherheitspolitik" im Verständnis der Streitkräfte wird informiert, im zweiten Fall eher desinformiert: Kriege rechtfertigt man oft als "Hilfe für zivile Entwicklungshelfer"; Kapitalinteressen und Streben nach globalstrategisch wichtigen Stützpunkten bleiben ausgeklammert. Manche Lehrkräfte überlassen bereitwillig den Bundeswehr-offizieren die Thematik Sicherheitspolitik - obwohl die Zeiten von 1914 bis 1918 und 1939 bis 1945 belegten, welche Art "Sicherheit" da produziert wurde. Das "Erklären" des Krieges in Afghanistan, eines umstrittenen Themas in der Öffentlichkeit, dürfte gar nicht stattfinden, weil nach ministeriellen Vereinbarungen derartige Streitthemen im Unterricht auszuklammern sind. In jedem Falle sollte die Anwesenheit eines Offiziers der Streitkräfte im Unterricht mit einem Re-präsentanten der Friedensbewegung ergänzt werden - auch, um Einseitigkeiten zu vermeiden.

In einer Gesellschaft, deren ziviler Charakter durch Teilnahme an Raub- und Eroberungskriegen der USA und der NATO transformiert wurde, ist das Übergreifen der Militarisierung auf die Schulen kein Zwang und nicht unbedingt eine logische Folge. Der Widerstand von LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen ist geboten. Es kann und sollte verhindert werden, dass durch die Militarisierung des Unterrichts das erreichte Niveau gewaltfreien Konfliktaustrags zurückverwandelt wird wie in Zeiten, in denen es als "normal" galt, wenn Schüler oder gar Schülerinnen ihren eventuellen Streit mit Gewalt austrugen.

In einigen Jugendorganisationen der BRD ist die Anti-Kriegs-Positionierung relevant. Viele dieser Zusammenschlüsse unterhalten internationale Verbindungen; grenzüberschreitende Freundschaften sind keine Seltenheit. Der 1. September als "Anti-Kriegs-Tag" wird von vielen Jugendlichen bzw. Gruppen aktiv mitgestaltet. In manchen Gruppenabenden - vor allem der Gewerkschaftsjugend und anderer linker Jugendverbände - ist die Programmierung auf Frieden und internationale Verständigung ausgerichtet. Internationale Gruppentreffen oder Camps sind keine Seltenheit. Kritisch bleibt anzumerken, dass manche religiösen Jugendgruppen den "Frieden" auf zwischenmenschliche Beziehungen reduzieren und die sozialstrukturelle Problematik von Rüstung und Militär ausklammern.

Die nun geplante Umstellung der Streitkräfte auf Freiwilligkeit hat zwei Seiten. Einerseits wirkt es positiv und humanisierend, wenn die Pflicht zum Wehr- bzw. Kriegsdienst endet. Andererseits wächst das Risiko, dass vor allem rechtsgerichtete Jugendliche rekrutiert werden und dass die Streitkräfte mit einem Rechtsdrall sich zum "Staat im Staate" entwickeln. In Zeiten der großen Jugendarbeitslosigkeit dürfte es kaum an jenen fehlen, die für ein paar Monate eine "gesicherte Existenz" akzeptieren. Welcher Art diese angeblich gesicherte Existenz ist, dürfte vielen nicht bewusst sein - trotz Afghanistan und der vielen, die in Zinksärgen in die Heimat zurückkehren.

Die Unterstützung und Stärkung linksgerichteter Jugendgruppen ist eine der notwendigen Maßnahmen gegen die Militarisierung der Jugend. Je besser die Zukunftsperspektiven der nachwachsenden Generation sind und je schneller die Massenarbeitslosigkeit überwunden wird, desto geringer ist die Attraktivität des Soldat-Seins bzw. der Organisation für das Töten-Lernen.

Die Frage, wohin sich Deutschland künftig entwickelt, hängt primär vom gesellschaftlichen Bewusstsein bzw. vom politischen Kampf der Erkennenden ab. Die Jugend kann weiterhin militarisiert und damit missbraucht - oder in die Fronten der für humane Entwicklungen wirkenden Menschen bzw. Gruppierungen eingegliedert werden. Die Parole vieler Jugendlicher "Eine bessere Welt ist nötig" kann und muss ergänzt werden durch "dringend" und "möglich". Der Jugend ist ein Freiraum zu schaffen für konstruktive Entwicklungen.

Prof. Dr. Eckhard Trümpler

Der VIII. Parteitag der SED 1971 - eine Zäsur in der Geschichte der DDR¹

Vor 40 Jahren bereitete die Führung der SED den VIII. Parteitag vor. Die Beschäftigung mit diesem Ereignis und der mit ihm eröffneten Periode in der Geschichte der DDR ist nicht nur für Historiker der neuesten Zeit notwendig. Sich jener Jahre zu erinnern dürfte erst recht für diejenigen von Interesse sein, die an der Auswertung und Realisierung der Parteitagsbeschlüsse und der ihnen folgenden Entscheidungen an diesem oder jenem Platz selbst mitgewirkt haben. Dabei werden beide Gruppen - die wenigen Historiker und vor allem die vielen Akteure - Manches als Bekräftigung damaliger Erkenntnisse empfinden. Anderes werden sie auf der Grundlage der bis zum Untergang der DDR und seitdem gemachten Erfahrungen auf neue Weise, kritisch werten, manche Bedenken und Zweifel, die sie in dieser oder jener Frage vielleicht schon früher hatten, bestätigt sehen.

Über all dies ist schon viel gesprochen und geschrieben worden. Es wird darüber weiter nachgedacht werden müssen, zumal das Scheitern der sozialistischen Staaten in Europa vor allem auch in seiner über nationale Grenzen hinausreichenden Dimension zu ergründen ist. Und nicht wenige Ereignisse und Wertungen beginnen im Nebel der Vergangenheit zu verschwimmen. Zum anderen bestätigen und dokumentieren Erfolge und Errungenschaften wie auch Defizite und Schwächen des sozialistischen Aufbaus in der ersten Hälfte der siebziger Jahre - um sie geht es in diesem Beitrag - Erfahrungen, die für diejenigen von Nutzen sein können, die zu anderer Zeit und an anderen Orten für grundlegende Umgestaltungen der Verhältnisse, für eine bessere Welt kämpfen.

Gegen Ende der sechziger Jahre hatten sich bei Walter Ulbricht, dem Ersten Sekretär des ZK der SED, übertriebene Erwartungen hinsichtlich der Wirtschafts- und Wissenschaftsentwicklung in der DDR verstärkt. Vor allem 1970 traten neben Fortschritten zunehmend Rückstände und Disproportionen in der Volkswirtschaft zutage. Dadurch vergrößerten sich Schwierigkeiten im Produktionsablauf und bei der Versorgung der Bevölkerung, was wiederum erhebliche negative soziale Auswirkungen hatte. Zweifel an der Planwirtschaft sowie an der Realisierbarkeit des von Walter Ulbricht initiierten Neuen Ökonomischen Systems der Leitung und Planung wuchsen, was die Position der Gegner der Wirtschaftsreform stärkte. Zudem stieß Ulbrichts Taktik gegenüber der Brandt-Scheel-Regierung auf den Widerstand L. I. Breshnews.

Der von der Mehrheit des Politbüros des ZK der SED betriebene und von Breshnew unterstützte Kurs führte zur Schwächung der Position Ulbrichts und schließlich zu seinem Rücktritt. Nach der Ablösung des fast achtundsiebzigjährigen Walter Ulbricht auf dem 16. Plenum des ZK am 3. Mai 1971 ist der vom 15. bis 19. Juni 1971 durchgeführte VIII. Parteitag der erste, der von dem neuen Ersten Sekretär Erich Honecker, damals 58 Jahre alt, geprägt wird.

Die Parteiführung steht nun vor der Aufgabe, der Öffentlichkeit sowohl die grundsätzliche Richtigkeit und Kontinuität der bisherigen Politik als auch die notwendigen Korrekturen - dieser Begriff wird damals nicht gebraucht -, die Veränderungen, die neuen Akzente im Kurs der Partei zu vermitteln. Wie in den Dokumenten des Parteitages erklärt wird, hatte sich der im Parteiprogramm von 1963 vorgezeichnete Weg als richtig und erfolgreich erwiesen und zur Stärkung der DDR geführt. Beim weiteren Aufbau der sozialistischen Gesellschaft waren große Fortschritte erzielt worden. Zugleich knüpft sich an den Parteitag die Hoffnung, dass er weitere Veränderungen beschließen werde, um die verstärkt 1970 zutage getretenen krisenhaften Erscheinungen zu überwinden. Er macht deutlich, dass ein neuer Abschnitt beginnt bei der, wie es in den Dokumenten des Parteitages heißt, "Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft".

Im Bericht wird deutlich gemacht, dass die Aufgaben groß und kompliziert sind. Es heißt dort: "Gewiß wird noch einige Zeit vergehen, und es bleibt noch viel zu tun, bis wir sagen können, der Sozialismus ist in der Deutschen Demokratischen Republik vollendet. Dafür erforderlich ist ein höheres Niveau der Produktivkräfte, der sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen und des sozialistischen Bewußtseins der Menschen."

Der Parteitag bekräftigt die Freundschaft mit der UdSSR und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft. Das ZK der SED erklärt: "Entscheidend für die gesamte Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik ist das ständig enger werdende Bündnis mit der Sowjetunion." Darin widerspiegelt sich das Wissen, dass die DDR von ihrem Entstehen an grundsätzlich in jeder Beziehung von der UdSSR abhängig war und ist und die neuen größeren und anspruchsvolleren Aufgaben nur mit ihr gemeinsam bewältigt werden können.

Dieser Gleichklang mit der KPdSU wird betont zum Ausdruck gebracht - oft bis zur wörtlichen Übernahme von Einschätzungen und Aufgaben aus den Dokumenten des wenige Wochen zuvor stattgefundenen XXIV. Parteitages der KPdSU. In Übereinstimmung mit dessen Friedensprogramm beschließt die SED ein Fünf-Punkte-Konzept als Beitrag der DDR zu Frieden und Sicherheit auf dem europäischen Kontinent: Die DDR tritt für die baldmögliche Einberufung einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ein und ist bereit, als gleichberechtigter Teilnehmer auf ihren Erfolg hinzuwirken; sie bekundet erneut ihre Bereitschaft, Mitglied der UNO und ihrer Spezialorganisationen zu werden; sie erklärt ihre Bereitschaft, mit allen Staaten normale diplomatische Beziehungen aufzunehmen; sie erstrebt weiterhin die Aufnahme normaler Beziehungen auch zur BRD auf der Grundlage des Völkerrechts; die DDR ist im Interesse der Entspannung im Zentrum Europas unverändert bereit, ihr Verhältnis gegenüber Westberlin zu normalisieren und wünscht in diesem Sinne einen Erfolg der Vier-Mächte-Verhandlungen über Westberlin.

Diese außenpolitischen Ziele können in den folgenden Jahren erreicht werden. Das belegen folgende Tatsachen: September 1971: Abschluss des "Vierseitigen Abkommens" über West-Berlin betreffende Fragen; Dezember 1971: Unterzeichnung eines Transitabkommens zwischen der DDR und der BRD zur Regelung des Verkehrs zwischen der BRD und West-Berlin; Mai 1971: Unterzeichnung des ersten Staatsvertrages zwischen der DDR und der BRD über Fragen des Verkehrs - beide treten als Ergänzungen zum Viermächteabkommen vom Dezember 1971 im Juni 1972 in Kraft; Dezember 1972: Unterzeichnung des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD; September 1973: Aufnahme der DDR in die UNO - zeitgleich mit der BRD; August 1975: Unterzeichnung der Schlussakte der KSZE in Helsinki. Zum Zeitpunkt des IX. Parteitages im Mai 1976 unterhält die DDR diplomatische Beziehungen zu 121 Staaten. Die Führung der SED warnt zugleich, die Fortschritte auf dem Wege der Gesundung der internationalen Lage zu überschätzen. Die Welt befände sich erst am Beginn der grundlegenden Umgestaltung der internationalen Beziehungen im Sinne des Friedens und der Sicherheit gemäß den Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

In seinem Bericht erklärt das ZK, dass man sich nicht nur auf die in den vergangenen Jahren erzielten guten materiellen Ergebnisse stützen könne, man sei auch reicher an Wissen und Erfahrung bei der Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus.

Bereits auf seiner 14. Tagung Mitte Dezember 1970 hat das Zentralkomitee aus der kritischen Analyse der auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet verstärkt zutage getretenen Schwierigkeiten Schlussfolgerungen gezogen. Es erklärt in seinem Bericht an den Parteitag, dass es darauf ankomme, den Sinn des Sozialismus mit aller Konsequenz und für alle Bürger stärker spürbar zu verwirklichen, als dies bis dahin geschehen und möglich gewesen sei. Die Triebkräfte des Sozialismus sollen immer besser zur Wirkung gebracht und so genutzt werden, dass Fortschritte in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik für jeden Bürger nicht erst in ferner Zukunft, sondern bereits in der Gegenwart zu wesentlichen Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen führen. Nicht erst übermorgen, sondern schon heute und morgen, heißt es in Auswertung des Parteitages, sollen die Menschen die Früchte ihrer Arbeit im eigenen Alltag wiederfinden. Damit soll auch die politische Stabilität der DDR gewährleistet werden. Das ist um so dringender, da Proteste und Arbeitsniederlegungen im Dezember 1970 in der Volksrepublik Polen gezeigt haben, wie wichtig es ist, den Bedürfnissen der Werktätigen entschieden Rechnung zu tragen. Die SED unterstreicht, dass für sie "die Wirtschaft Mittel zum Zweck, Mittel zur immer besseren Befriedigung der wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse des werktätigen Volkes (ist)" - im Gegensatz zum Kapitalismus, für den, wie wir tagtäglich zu spüren bekommen, das einzige und oberste Ziel des Wirtschaftens die Erzielung von immer mehr Profit

war und bleibt. Das Zentralkomitee erklärt in seinem Bericht: "Unser Ziel ist Stabilität der sehr beträchtlichen Wachstumsraten, Stabilität im Rhythmus der Produktion, Stabilität der Versorgung und Stabilität der Verbraucherpreise."

Dem für die gesamte Geschichte der Partei charakteristischen Grundanliegen, alles für das Wohl des Menschen zu tun, und den gewachsenen Potenzen entspricht die vom Parteitag für den Fünfjahrplan 1971 bis 1975 beschlossene Hauptaufgabe: weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität. Es sollen eine stabile Versorgung vor allem mit Waren des Grundbedarfs gewährleistet, durch Neubau, Modernisierung, Um- und Ausbau von 500 000 Wohnungen die Lebensbedingungen besonders der Arbeiterklasse verbessert, die Nettogeldeinnahmen in Übereinstimmung mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität erhöht, die Arbeitsbedingungen günstiger gestaltet, die Leistungen und Zuwendungen aus den gesellschaftlichen Fonds für die Bevölkerung gesteigert sowie die Dienstleistungen erweitert werden. Umfangreiche Maßnahmen sind für das Gesundheitswesen, den Schutz der Umwelt und zur besseren Befriedigung der geistig-kulturellen Bedürfnisse der Menschen vorgesehen. Dazu werden schon vor dem Parteitag und noch viel stärker nach diesem viele weitreichende und sehr hohe Aufwendungen erfordernde Beschlüsse gefasst, wird kontinuierlich an einem gewaltigen sozialpolitischen Programm mit dem komplexen Wohnungsbau als Kern gearbeitet.

All das verbessert die Stimmung der großen Mehrheit der Bürger und fördert ihre Aktivität, Produktion und Produktivität steigen. Die Parteiführung betont, dass sie auf die Initiative, die schöpferischen Ideen, den Einsatz und die Ergebnisse der arbeitenden Menschen zähle. Es käme darauf an und müsse gelingen, die mit den beschlossenen Maßnahmen erforderlichen großen finanziellen Vorleistungen und zusätzlichen Aufwendungen, die gewissermaßen ein Wechsel auf die Zukunft sind, in der Folge durch raschen wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Fortschritt, durch höhere Produktivität und Effektivität sowie Beseitigung von Mängeln und Disproportionen zu erwirtschaften und zu fundieren. Bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität, der Erhöhung der Qualität der Erzeugnisse, der Senkung des Materialverbrauchs und der Kosten gibt es noch größere Rückstände. Es zeigt sich, dass sie, wie vorausgesehen, nicht rasch, von heute auf morgen beseitigt werden können, dass es dazu größerer Anstrengungen und längerer Zeiträume bedarf.

Rasch wachsen zudem die Ansprüche und die Erwartungen der Menschen, dass ihre Bedürfnisse immer besser befriedigt werden. Und vor allem, das soll sich in den folgenden Jahren als zunehmende Belastung erweisen, schneller und umfangreicher steigen die Aufwendungen - auch durch zusätzliche Importe - für den gesellschaftlichen und individuellen Verbrauch. Die Schere zwischen Produktion und Konsum öffnet sich immer weiter, der Staatshaushalt wird zunehmend belastet. Als besonders schwerwiegend erweisen sich die vor allem 1973 explosionsartig einsetzenden gravierenden Veränderungen der außenwirtschaftlichen Bedingungen - ein, wie Werner Jarowsky erklärt, allgemeiner, in diesem Umfang und in dieser Breite bisher beispielloser Anstieg der Preise für nahezu alle Rohstoffe, Brennstoffe und eine Vielzahl von Materialien. Das sind tiefgreifende und umfassende Veränderungen. Sie hatten nicht vorausgesehen werden können.

Als sich die Parteiführung mit dieser neuen Lage konfrontiert sieht und diese Ende 1974 öffentlich darlegt, werden die weitreichenden Konsequenzen, die sich daraus aufdrängen, nicht mit aller Konsequenz gezogen. Erich Honecker beharrt auf der Fortsetzung des vom VIII. Parteitag deklarierten sozialpolitischen Kurses. Ganz offensichtlich angesichts der starken Wirkung der BRD-Konsumgesellschaft auf viele Bürger der DDR und zur weiteren Gewährleistung der politischen Stabilität der DDR weist er Vorschläge zur grundlegenden Veränderung der Einkommenspolitik ab. Diese hätten zur Folge gehabt: Anhebung der im wesentlichen seit 1958 stabilen und niedrigen Preise für Waren des Grundbedarfs, der Mieten - diese sind sogar schon von der Gründung der DDR an kaum verändert worden, der Tarife und Dienstleistungen. Das hätte, wie er im Februar 1977 sagt, erfordert, "das sozialpolitische Programm zu streichen", heißt, den Lebensstandard der Bevölkerung zu senken, ihre Erwartungen zu enttäuschen.

Das bedeutet aber auch, dass die gerade von der 14. Tagung des ZK im Dezember 1970 und vom VIII. Parteitag im Juni 1971 aus gewachsenen ökonomischen Schwierigkeiten und sozialen Problemen gezogenen Schlussfolgerungen, um die planmäßige und proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft, die wirksamere Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus zu erreichen und die Kräfte und Möglichkeiten der DDR realistisch, frei von Illusionen und Wunschträumen zu beurteilen, de facto unterschätzt werden. Denn die Erfordernisse und Aufgaben werden zwar richtig umrissen, die Potenzen und Wege zu ihrer Realisierung aber verkannt bzw. es gelingt nicht, sie mit größerem Erfolg zu beschreiten. Durch stärkeren Druck zur Erschließung der Intensivierungsfaktoren sollen die außenwirtschaftlichen Belastungen sowie die hohen Ausgaben auf dem Gebiet der Rüstung aufgefangen werden. Trotz nicht weniger Fortschritte auf diesem Gebiet - insgesamt wird dies nicht erreicht, zumal die staatlichen Aufwendungen für die volkswirtschaftliche Reproduktion sowie für die gesellschaftliche und individuelle Konsumtion steigen. Zunehmend wird auch deutlich, dass die Sowjetunion, die Hauptmacht des sozialistischen Lagers, im wissenschaftlich-technischen Wettlauf mit dem Imperialismus hinsichtlich der volkswirtschaftlichen Effektivität und besonders auf dem Gebiet der Konsumgüterproduktion sowohl qualitativ wie insbesondere quantitativ immer mehr in Rückstand gerät.

Die Parteiführung tritt Behauptungen entgegen, die vom Parteitag betonte wachsende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Bedürfnisse hätte die gesellschaftliche Stellung der Intelligenz herabgesetzt, ihre Leistungen würden nunmehr geringer geachtet und die Wissenschaft nähme künftig einen geringeren Rang ein. Es wird vielmehr darauf orientiert und viel getan, das wissenschaftlich-technische Potenzial der Gesellschaft zu stärken, die Grundlagenforschung auszubauen und sie effektiv zu nutzen, die Resultate von Wissenschaft und Forschung schneller in die Praxis zu überführen, was nicht selten durch administrative Hemmnisse und insbesondere ökonomische Engpässe erschwert wird. Besonders hemmend wirken die Embargolisten, die vom Coordinating Committee for East-West-Trade-Policy (COCOM) der westlichen Industrieländer unter Führung der USA gegen die Staaten des Warschauer Vertrages angewandt werden.

Im Ringen um die Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages werden insgesamt, vor allem auch auf der Grundlage der in den sechziger Jahren verstärkt erfolgten Investitionen und entwickelten wissenschaftlich-technischen Innovationen, trotz aller Hemmnisse große Fortschritte erzielt. Wie das Zentralkomitee in seinem Bericht an den IX. Parteitag 1976 einschätzen wird, konnten "auf dem Wege der fortschreitenden Intensivierung die Produktion, die Produktivität und Effektivität erhöht und damit der bisher größte Leistungsanstieg in einer Fünfjahrplanperiode erreicht" werden. Das belegen die Tatsachen: 1950 gleich 100, steigen die Indices des produzierten Nationaleinkommens von 1970 bis 1975 von 401 auf 521, des Nettoprodukts der Industrie und des produzierenden Handwerks (ohne Bauhandwerk) von 466 auf 618 und der Land- und Forstwirtschaft von 148 auf 164. Je Berufstätiger in den produzierenden Bereichen wächst der Index des produzierten Nationaleinkommens von 384 auf 493. 1980 gleich 100, erhöhen sich die Indices der Ausfuhr von 1970 bis 1975 von 48,5 auf 74,0 und der Einfuhr von 54,8 auf 77,3. Dabei entwickeln sich die Ausfuhr in die UdSSR von 49,2 auf 72,0, die Einfuhr von 75,7 auf 87,0; für die westlichen Industrieländer die Ausfuhr von 51,0 auf 71,5 und die Einfuhr von 43,9 auf 66,0.

Im Wettstreit mit der BRD, dem wirtschaftlich stärksten und auf die DDR sehr direkt einwirkenden imperialistischen Land Europas, steigen, setzt man 1980 gleich 100, von 1970 bis 1975 die Indices der industriellen Produktion der BRD von 83 auf 85, die der DDR von 58 auf 78.²

Einschneidende Veränderungen erweitern und stärken die sozialistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse. Die Betriebe mit staatlicher Beteiligung und die Industrie- und Baubetriebe privater Unternehmer werden - durch Entschädigung der bisherigen Besitzer bzw. durch Kauf - in staatliches sozialistisches Eigentum überführt. Ähnlich wird mit den rund 2000 industriell produzierenden Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) verfahren, deren handwerksspezifischer Charakter nicht mehr gegeben ist. Von der von Erich Honecker ursprünglich gegebenen Orientierung, an diese Maßnahmen differenziert und mit Feingefühl heranzugehen, sie Schritt für Schritt zu realisieren und keine generellen Festlegungen zu treffen,

dass innerhalb von kurzer Zeit alles durchzuführen sei, wird während der Umwandlung nicht selten abgegangen. Honecker hatte hinzugefügt, dass all dies geschehen soll bei Steigerung der Produktion und der Qualität, bei Erhöhung der Arbeitsproduktivität. In dieser schließlich nur vier Monate dauernden Aktion, die wesentlich auch von den Führungen und vielen Mitgliedern der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU), der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD) und der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) mitinitiiert und vorangebracht wird, entstehen bis Mitte 1972 11 300 neue volkseigene Betriebe, in denen 585 000 Menschen beschäftigt sind. Die Zahl der im industriellen volkseigenen Sektor tätigen Arbeiter und Angestellten steigt von 82,1 Prozent auf 99,4 Prozent. 99,4 Prozent der industriellen Warenproduktion werden nun in volkseigenen Betrieben hergestellt, gegenüber 83,3 Prozent im Jahre 1971. Mehr als 85 Prozent der ehemaligen Komplementäre und Unternehmer werden in den neuen VEB als Betriebsleiter oder in anderen verantwortlichen Funktionen eingesetzt.

Diese in erster Linie politisch motivierte tiefgreifende Umwandlung der Eigentumsverhältnisse bringt vor allem politische und soziale Fortschritte. In der Folge werden allerdings die damit geschaffenen und erwarteten Möglichkeiten sowohl auf Grund beschränkter ökonomischer Ressourcen als auch wegen der Einbußen an Erfahrung und Initiative sowie weiterer fehlerhafter, überzogener wirtschaftsleitender Entscheidungen nicht optimal genutzt.

Zugleich erfahren - auch hier in Abhängigkeit von den begrenzten, zumeist sehr angespannten ökonomischen Potenzen - die privaten Handwerksbetriebe, der private Einzelhandel, der Kommissionshandel und die Dienstleistungsbetriebe, die für die Bevölkerung tätig sind, weitere Förderung. Es wird bestätigt, dass sie in der sozialistischen Gesellschaft eine sichere Perspektive besitzen.

Weiter entwickelt sich in der Industrie der 1967 eingeleitete Zusammenschluss von volkseigenen Betrieben zu leistungsfähigen Kombinat. In der Landwirtschaft werden unter maßgeblicher Mitwirkung der Leitungen und Mitglieder der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) Fortschritte bei der weiteren Einführung industriemäßiger Produktionsmethoden erzielt. Gefestigt und weiter ausgebaut werden die kooperativen Abteilungen Pflanzenproduktion (KAP), ihre Zahl wächst von 284 im Jahr 1971 auf 1210 im Jahr 1975. Sie bewirtschaften 85 Prozent und die aus den KAP bereits entstandenen LPG und VEG Pflanzenproduktion weitere fünf Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der sozialistischen Betriebe.

Die sozialen Zielsetzungen des VIII. Parteitag werden zumeist weit übertroffen. Der Index des im Inland verwendeten Nationaleinkommens je Kopf der Bevölkerung (1950 gleich 100) klettert von 1970 bis 1975 von 471 auf 606. Bei den Einkommen steigt der Index der Gesamteinnahmen pro Kopf der Bevölkerung im gleichen Zeitraum von 334 auf 439. Von 1971 bis 1975 werden insgesamt 467 954 Wohnungen gebaut; die dafür aufgewendeten Mittel steigen von 5386 Millionen auf 8646 Millionen Mark. Bis 1976 können fast 580 000 seit 1971 neue und um- bzw. ausgebaute Wohnungen fertiggestellt und viele dazugehörige Einrichtungen der sozialen Infrastruktur - deshalb "komplexer Wohnungsbau" - geschaffen werden. Das ist eine von fast allen Bereichen der Volkswirtschaft und Gesellschaft erbrachte gewaltige Leistung. Der Ausstattungsbestand je 100 Haushalte verbessert sich von 1971 bis 1975 bei Haushaltskälteschränken von 62,3 auf 84,7, bei Haushaltswaschmaschinen von 58,4 auf 73,0 und bei Fernsehempfängern von 76,0 auf 87,9, bei PKW von 17,3 auf 26,2. Das und weitere Maßnahmen sind stark spürbare Verbesserungen für alle Bürger, insbesondere für die Arbeiter sowie für werktätige Frauen und junge Ehepaare.

Im Fünfjahrplanzeitraum werden einige, die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben fördernde Schritte, so die umfassende Publizierung von Leserschriften im "Neuen Deutschland" zu Entwicklungsproblemen der Gesellschaft nicht bzw. nur halbherzig weitergeführt. Der Ergänzung und Änderung der Verfassung der DDR vom 6. April 1968 durch das Gesetz vom 7. Oktober 1974 geht keine öffentliche Aussprache voraus. Nachteilig ist auch, dass, im Unterschied zu vorangegangenen Parteitagen, sowohl auf dem VIII. wie dann auch auf den folgenden Parteitagen keine ausführlicheren Berichte des ZK vorgelegt werden.

Von manchen wichtigen auf dem VIII. Parteitag verkündeten Lehren und Schlussfolgerungen wird in der Folgezeit abgegangen, was schwerwiegende Folgen hat. Man setzt sich über sie hinweg, ignoriert sie bzw. sie werden unzureichend realisiert. Das sind solche Grundsätze wie: die Forderung, konsequent von den Realitäten, von einer nüchternen, illusionslosen Analyse des Erreichten und den tatsächlichen Möglichkeiten auszugehen und diese den Mitbürgern offen und überzeugend zu verdeutlichen; niemals mehr zu verbrauchen als produziert worden ist, Wunschdenken entgegenzuwirken und jeglichen Subjektivismus zu bekämpfen sowie dafür zu sorgen, dass die Leninschen Normen des Parteilebens eingehalten werden; in allen wichtigen Fragen die demokratische Beratung und Mitsprache zu gewährleisten, prinzipiell, geduldig und verständlich den Kampf gegen die bürgerliche Ideologie zu führen.

Für die Weiterführung des vom VIII. Parteitag konzipierten Kurses türmen sich Mitte der siebziger Jahre angesichts des raschen Tempos der wissenschaftlich-technischen Revolution vor allem wegen der Nichterfüllung einiger Kennziffern und der 1973 zusätzlich zu wirken beginnenden außergewöhnlichen außenwirtschaftlichen Erschwernisse große Hindernisse auf. Erhöhte Anforderungen erwachsen auch auf außenpolitischem, militärischem, ideologischem und kulturellem Gebiet angesichts der Wechselwirkung zwischen einigen Fortschritten hinsichtlich der Entspannung der internationalen Lage einerseits und den fortgesetzten Bestrebungen aggressiver imperialistischer Kräfte zur Schwächung des Sozialismus andererseits. Neue Antworten werden notwendig. Solche zu geben und entsprechende Lösungen zu realisieren - das ist Anspruch an das vom IX. Parteitag im Juni 1976 zu beschließende neue Programm und an das künftige Wirken der Partei.

Anmerkung

- 1 Die Donnerstag-Veranstaltung am 16. Juni 2011 (Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 24, 16.00 Uhr) behandelt das Thema: *Der VIII. Parteitag der SED aus heutiger Sicht*.
- 2 Diese Indices wurden wie die folgenden Angaben über die Verwirklichung der sozialen Zielsetzungen dem Statistischen Jahrbuch der DDR '90 entnommen.

Erklärung der GBM,
entworfen vom Berliner Alternativen Geschichtsforum

Erklärung zum 70. Jahrestag des faschistischen Überfalls auf die UdSSR

Ein verhängnisvoller Tag unserer Geschichte jährt sich am 22. Juni 2011 zum 70. Mal: der Tag, an dem Hitlerdeutschland und seine europäischen Verbündeten in die Sowjetunion einfielen. Den Sozialismus austilgen, Land im Osten gewinnen und ausbeuten, seine Bewohner versklaven und "dezimieren", letztlich auf dem Weg zu deutscher Weltherrschaft vorankommen - das war das Ziel der Aggressoren. Das Ergebnis dieser verbrecherischen Politik war nach knapp vier Jahren ihre vernichtende Niederlage, gleichbedeutend mit der Befreiung unseres Volkes und anderer Völker von faschistischer Herrschaft, mit der Hoffnung auf beständigen Frieden.

Mit dem Überfall auf die UdSSR brach das Nazireich den Nichtangriffspakt, den es am 23. August 1939, also nicht einmal zwei Jahre zuvor, mit der UdSSR abgeschlossen hatte. Für den Sowjetstaat war dieser Vertrag die Reaktion auf die Haltung der Westmächte, die den deutschen Faschismus und seinen Kurs auf die Neuaufteilung unseres Kontinents tolerierten, aber auf die sowjetischen Initiativen für ein europäisches Sicherheitssystem nicht ernsthaft eingingen. Auch gewann die Sowjetunion mit dem Nichtangriffsvertrag wertvolle Zeit, um Kräfte für die Abwehr eines zu erwartenden Angriffs von Seiten Nazideutschlands zu sammeln.

Dabei wirkten sich nachteilig die Folgen von Stalins Repressalien gegen leitende militärische Kader ab Mitte der dreißiger Jahre aus; die Kampfkraft der Roten Armee war dadurch erheblich geschwächt. Ein entscheidender Fehler war auch, dass der Kreml die Warnungen von Kundschaftern, darunter deutscher Antifaschisten, vor einem bevorstehenden Einfall der faschisti-

schen Wehrmacht zu lange in den Wind schlug. Unzureichende Verteidigungsvorbereitungen der UdSSR führten zu beträchtlichen militärischen Anfangserfolgen der Invasoren.

Das Blatt wendete sich Ende 1941 mit der Winterschlacht vor Moskau und entscheidend 1942/43 in Stalingrad. Fortan blieben die sowjetischen Streitkräfte strategisch in der Offensive, die sie im Frühjahr 1945 siegreich zu Ende führten. Dem heldenmütig kämpfenden Sowjetvolk gebührt - ohne das Verdienst der Westalliierten zu schmälern - geschichtlich die Ehre, den größten Anteil an der Zerschlagung des Faschismus, am Triumph der Antihitlerkoalition zu haben.

Doch wurde der Sieg im Großen Vaterländischen Krieg teuer erkaufte. Über 27 Millionen Sowjetbürger - Soldaten und Zivilisten, darunter Frauen, Kinder, Greise - fielen dem Krieg zum Opfer, so allein 3,5 Millionen von 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen. 17 000 Städte, 70 000 Dörfer im Sowjetland wurden zerstört. Über 30 Prozent ihres Volksvermögens verlor die UdSSR. Das Schuldkonto des deutschen Imperialismus ist übervoll. Auf sein Konto gehen auch die Verluste, die Deutschland und seine Verbündeten erlitten: Millionen Tote und Verletzte, Vernichtung von Hab und Gut, Gebietseinbußen und Umsiedlungen. Auch diese Schuld gehört zur historischen Wahrheit.

Heutige Bestrebungen, geschichtsrevisionistisch Faschismus und Sozialismus unter Hinweis auf den deutsch-sowjetischen Vertrag von 1939 auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, sollen die Einmaligkeit der faschistischen Verbrechen relativieren und den Sozialismus diskreditieren. Die historischen Tatsachen widerlegen diese Geschichtsklitterung.

Die Vergangenheit lehrt mit aller Eindringlichkeit: Friedliche Beziehungen und gute Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland wie mit anderen osteuropäischen Staaten sind ein wichtiger und notwendiger Baustein zum gemeinsamen europäischen Haus, sie dienen dem Wohl unserer Völker. Das sind notwendige politische Schlussfolgerungen aus dem 22. Juni 1941 und seinen Folgen.

Vorankündigung

Der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, veranstalten in Berlin am Sonnabend dem

8. Oktober 2011

eine **Konferenz** zum Thema

Das Erfurter Programm 1891.

Historische Wirkung und aktuelle Bedeutung

Die Konferenz tagt von **10.30** bis 18.00 Uhr.

Neuer Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte *Undine*,
Hagenstr. 57 (Nähe S- und U-Bahnhof Berlin-Lichtenberg)

(*Vollständige Einladung in der Juli-Ausgabe der Geschichtskorrespondenz!*)

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574